

**Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand,
Lebensqualität**
Kurzprotokoll
9. Sitzung
(öffentlich)

Berlin, den 19.09.2011, 13:00 Uhr
Sitzungsort: Berlin, Paul-Löbe-Haus
Sitzungssaal: E 700

Vorsitz: Daniela Kolbe (Leipzig), MdB

TAGESORDNUNG:

Vor Eintritt in die Tagesordnung S. 7

Tagesordnungspunkt 1 S. 8

Wechselwirkung von Wachstum und nachhaltigem Wirtschaften
in nationaler und globaler Dimension
Anhörung mit Vertretern von OECD (Felix Hüfner), UNEP (Vera Weick)
sowie Europäische Kommission (Karl Falkenberg, Viola Groebner)

Tagesordnungspunkt 2 S. 67

Berichte aus den Projektgruppen

Tagesordnungspunkt 3 S. 69

Beschlussfassung über die Durchführung einer öffentlichen
Anhörung am 7. November 2011
"Verhältnis von Bildung und kulturellen Grundlagen zu
wirtschaftlichem Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität"

Tagesordnungspunkt 4 S. 70

Verschiedenes



Sitzung der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"
 Montag, 19. September 2011, 13:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>CDU/CSU</u>		<u>CDU/CSU</u>	
Bilger, Steffen	Göppel, Josef
Heider Dr., Matthias	Klamt, Ewa
Middelberg Dr., Mathias	Klimke, Jürgen
Nüßlein Dr., Georg	Linnemann Dr., Carsten
Vogelsang, Stefanie	Murmann Dr., Philipp
Zimmer Dr., Matthias	Schön (St. Wendel), Nadine
<u>SPD</u>		<u>SPD</u>	
Arndt-Brauer, Ingrid	Heil (Peine), Hubertus
Bulmahn, Edelgard	Högl Dr., Eva
Kolbe (Leipzig), Daniela	Kelber, Ulrich
Wolff (Wolmirstedt), Waltraud	Schaaf, Anton
<u>FDP</u>		<u>FDP</u>	
Bernschneider, Florian	Kauch, Michael
Bögel, Claudia	Sänger, Björn
Skudelny, Judith	Vogel (Lüdenscheid), Johannes
<u>DIE LINKE.</u>		<u>DIE LINKE.</u>	
Leidig, Sabine	Bulling-Schröter, Eva
Lötzer, Ulla	Schlecht, Michael

Sitzung der Enquete-Kommission " Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität "
 Montag, 19. September 2011, 13:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<p><u>BÜ90/GR</u> Andraae, Kerstin Ott Dr., Hermann</p>	 <p>..... </p>	<p><u>BÜ90/GR</u> Gambke Dr., Thomas Wilms Dr., Valerie</p>	 <p>..... </p>

Montag, 19. September 2011, 13:00 Uhr

off.

Deutscher Bundestag

Anwesenheitsliste

Sitzung der Enquete- Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"

als sachverständige Mitglieder

Betzüge Prof. Dr., Marc Oliver

.....

Bracht van, Georg

.....

Brand Prof. Dr., Ulrich

.....

Carstensen Prof. Dr., Kai

.....

Enderlein Prof. Dr., Henrik

.....

Habisch Prof. Dr., André

.....

Hexel, Dietmar

.....

Hölz Prof., Hanns Michael

.....

Jänicke Prof. Dr., Martin

.....

Jochimsen Prof. Dr., Beate

.....

Miegel Prof. Dr., Meinhard

.....

Müller, Michael

.....

Paqué Prof. Dr., Karl-Heinz

.....

Reuter Dr., Norbert

.....

Schmidt Prof. Dr., Christoph

.....

Schneidewind Prof. Dr., Uwe

.....

Wagner Prof. Dr., Gert

.....

Off.

Sitzung der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"

Montag, 19. September 2011, 13:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU

SPD

FDP

DIE LINKE.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

SEITZ, Kристина ... B90/Grüne ... [Signature]

Wilhelm, Alexander ... B90/Grüne ... [Signature]

Zuber, Julian ... B90/Grüne ... [Signature]

Mistim, Alexander ... CDU/CSU ... [Signature]

Amstutz ... SPD ... [Signature]

Lucia Dietrich ... Bündnis 90/Grüne ... [Signature]

Jana Preis ... Bündnis 90/Grüne ... [Signature]

CHRISTEN, CHRISTIAN ... LINKE ... [Signature]

[Signature] ... [Signature]

[Signature] ... [Signature]

[Signature] ... [Signature]

[Signature] ... [Signature]

Beginn der Sitzung: 13.05 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die Vorsitzende, Abg. Daniela Kolbe (SPD), eröffnet die Sitzung und begrüßt sowohl die Zuschauer als auch die Mitglieder der Kommission sehr herzlich. Sie gratuliert sodann den Mitgliedern SV Prof. Schneidewind, SV Müller, SVe Jochimsen, SV Prof. Habisch, Abg. Leidig, SV Prof. Jänicke, SV Prof. Schmidt, SV Prof. Enderlein und Abg. Bögel nachträglich zum Geburtstag.

Sodann macht die Vorsitzende auf die Vermerke über die Obleutebesprechungen vom 5. Juli und 6. September 2011 aufmerksam, die im Vorfeld an alle Mitglieder der Kommission versandt wurden. Gegen die dort getroffenen Verabredungen regt sich kein Widerspruch, sodass im Sinne der Obleutefestlegungen verfahren werden kann.

Die Vorsitzende merkt an, dass die Sitzung im Parlamentsfernsehen live übertragen und auch ein Bandmitschnitt erstellt werde.

Tagesordnungspunkt 1

Wechselwirkung von Wachstum und nachhaltigem Wirtschaften in nationaler und globaler Dimension

Anhörung mit Vertretern von OECD (Dr. Felix Hübner), UNEP (Vera Weick) sowie Europäische Kommission (Karl Falkenberg, Viola Groebner)

Die Vorsitzende leitet kurz in das Thema der Anhörung ein, welches lautet: „Wechselwirkungen von Wachstum und nachhaltigem Wirtschaften in nationaler und globaler Dimension“. Sie begrüßt die Referenten der heutigen Anhörung, Herrn Dr. Felix Hübner von der OECD, Frau Vera Weick von der UNEP sowie für die Europäische Kommission Herrn Karl Falkenberg und Frau Viola Groebner.

Sie erteilt den Referenten das Wort für deren zehnminütigen Eingangsstatemente.

Beginn des Wortprotokolls

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Wir haben uns heute eine Anhörung zum Thema Wechselwirkung von Wachstum und nachhaltigem Wirtschaften in nationaler und globaler Dimension vorgenommen. Des häufigeren haben wir hier bereits darüber gesprochen, in welchem diametralen Widerspruch, in der Vergangenheit und auch in der Gegenwart, wirtschaftliches Wachstum und Nachhaltigkeit - speziell wenn es um die Umweltfragen geht – zueinander stehen. Jetzt wird an vielen Stellen an Konzepten zum Green Growth gearbeitet und ein relativ großes Versprechen abgegeben, dass möglicherweise viele dieser Widersprüche, die wir bereits in der Vergangenheit kannten, - nämlich das Wirtschaftswachstum zur Umweltzerstörung führt - dass diese Widersprüche sich auflösen könnten und grünes Wachstum zu beiden führt: Zu Umweltschutz, zur Bewahrung unserer Umwelt, und gleichzeitig wirtschaftlicher Prosperität. Diese Konzepte wollen wir uns heute genauer anschauen, wir wollen uns einige Konzepte und Ideen vortragen lassen und dann sicherlich in einer kritischen Diskussion, einer genaueren Prüfung unterziehen. Ich freue mich ganz besonders, dass wir vier herausragende Sachverständige zu diesem Thema begrüßen können. Ich begrüße für die Europäische Kommission Karl Falkenberg aus der Generaldirektion Umwelt, und Viola Groebner aus der Generaldirektion Unternehmen und Industrie, die aber ebenfalls zum Bereich Green Growth

arbeitet. Für die OECD begrüße ich herzlich Dr. Felix Hübner. UNEP ist vertreten durch Vera Weick, ganz herzlich Willkommen auch Ihnen. Ich würde zunächst der EU-Kommission das Wort geben und Sie, Herr Falkenberg, um ein kurzes Statement bitten. Wir haben uns auf eine große Zumutung geeinigt, dass die Sachverständigen jeweils etwa zehn Minuten Zeit haben vorzutragen. Ich weiß, dass es wirklich eine große Zumutung ist, ich hoffe aber, dass wir Ihnen dann im Gespräch die Möglichkeit eröffnen, noch weitere Details anzufügen.

Karl Falkenberg (Europäische Kommission): Vielen Dank für die Einladung zur Sitzung heute. Vorweg vielleicht eine ganz kurze Entschuldigung von meinem Kommissar, Janez Potočnik. Er verfolgt die Arbeit der Enquete-Kommission mit viel Interesse und wäre auch gerne am 30. September hierhergekommen, aber terminlich lässt sich das im Augenblick nicht auf die Reihe bringen. Insofern hat er mich gebeten, hier heute auch in seinem Namen vorzutragen. Dieses Thema Ressourceneffizienz hat sich die EU-Kommission, gerade meine Generaldirektion, sehr zu Herzen genommen. Wir haben uns ein Jahr Zeit gelassen, die vielfältigen Zusammenhänge zu untersuchen, bevor wir dazu morgen in der Kommission hoffentlich eine große Mitteilung an den Rat der Minister vorlegen werden. Dort versuchen wir das ganze Spektrum abzudecken, das Sie auch in dem Mandat der Enquete-Kommission aufgelistet haben. Wir gehen auch davon aus, dass die Art und Weise, in der wir heute produzieren und konsumieren, in der Perspektive 2050 nicht mehr funktionieren kann. Mit dann 9 Mrd. Menschen auf diesem Planeten, einem Bevölkerungswachstum, das nahezu vollständig in den Entwicklungsländern stattfindet und einem damit verbundenem exponentiell stärkerem Konsum-Nachholbedürfnis, in dieser Perspektive werden wir 2050 mit den natürlichen Ressourcen unseres Planeten nicht mehr auskommen. Mit natürlichen Ressourcen sind, von unserer Sicht aus, nicht nur Mineralien, die wir aus dem Boden graben, gemeint - sondern wir versuchen das Spektrum weit zu nehmen: Wir nehmen dazu die natürlichen Ressourcen Wasser, Luft, Boden und versuchen auch Ökosystemdienstleistungen mit einzubeziehen. So kommen wir zu dem Ergebnis, dass wir schon in der Perspektive 2050 erheblich über unsere Bedürfnisse leben werden. Darum der Gedanke des nachhaltigen Wirtschaftens, der aus Umweltsicht natürlich beinhalten muss, dass wir nachwachsenden Generationen auch die Möglichkeit geben, auf diesem Planeten zu existieren. Das Thema Nachhaltigkeit aber auch in anderen Bereichen, etwa in der Finanzwirtschaft, wo wir eben auch einsehen müssen, dass wir nicht über unsere Verhältnisse

leben können, so wie wir es heute im Verhältnis zur Natur tun. Die Frage ist dann, wie wir dieses in einen besseren Einklang bekommen können. Hier wird die Ordnungspolitik eine ganz wichtige Rolle spielen. Wir gehen davon aus, dass man als Europäer, auf nationaler Ebene, andererseits aber auch auf internationaler Ebene, besser auf diese Tatsachen reagieren muss. Wir müssen ordnungspolitische Rahmenbedingungen schaffen, die es Unternehmen möglich machen, und sie dazu bringen, sich längerfristig am Markt aufzustellen. Kurzfristige Profite dürfen nicht länger Maßstab sein, vielmehr müssen wir kurzfristige ordnungspolitische Maßnahmen für langfristig nachhaltigen Erfolg ergreifen. Wir gehen davon aus, dass Wachstum in diesem Zusammenhang, nicht nur möglich sein wird sondern auch möglich ist, aber es wäre eben ein qualitativ anderes Wachstum. Wir können nicht so wie bisher produzieren und wegschmeißen, wir müssen hin zu einer Kreislaufwirtschaft. Die Abfallwirtschaft wird sehr viel stärker in den Mittelpunkt unseres wirtschaftlichen Handelns kommen müssen, als sie es bis jetzt gewesen ist. Wir werden einsehen müssen, dass städtische Minen, sog. urban mining, sehr viel effizienteren Umgang mit natürlichen Ressourcen ermöglicht als das Ausgraben aus dem Boden. Ein Beispiel, das ich häufig anbringe: aus einer Tonne getrennt eingesammeltem elektronischem Abfall können wir heute mit der bestehenden Technologie etwa 150 Gramm Gold zurückgewinnen. Aus einer Tonne Erde, die Sie in einer Goldmine bewegen, schürfen sie ungefähr fünf Gramm Gold - um etwa eine Relation zu geben, wie wirtschaftlich sinnvoll auch dieser Ansatz sein kann. Wir werden dies in allen Bereichen machen müssen und werden dafür ordnungspolitische Signale setzen müssen. Wenn ich daran denke, dass wir heute in Europa alle zehn Jahre eine Fläche zubetonieren, also versiegeln, von der Größe Zyperns, dann kann man sich vielleicht vorstellen, dass auf einige Jahrzehnte vorausgedacht, nicht mehr viel übrig bleiben wird von der Fläche, auf der wir noch etwas anderes machen können. Versiegelte Flächen erlauben keine Biodiversität mehr, erlauben keine Ökosysteme mehr, führen dazu, dass der Wasserzyklus sich immer mehr beschleunigt. Wasser wird auf diesem Planeten ein immer wertvolleres, immer selteneres Gut werden. Wir gehen davon aus, dass man als Ordnungspolitiker über Preise nachdenken kann und dass man als Ordnungspolitiker über Subventionen nachdenken sollte. In unserer Mitteilung wird sicherlich sehr viel Gewicht auf die Tatsache gelegt, dass wir heute Subventionen ausgeben, die zu umweltunverträglichem Verhalten im Markt führen, dies sowohl in der Landwirtschaft, aber auch etwa im Transportwesen. Solange wir Transport künstlich subventionieren und die Transportkosten nicht mit einbeziehen,

werden wir natürlich innerhalb Europas weitere Verschiebungen produzieren. Aber auch im Zusammenhang Europas mit dem Rest der Welt werden Verschiebungen entstehen, die letztlich nicht nachhaltig durchzustehen sind. Ich gehe davon aus, dass wir in vielen dieser Bereiche sehr intensive Diskussionen führen müssen. Wir sind davon überzeugt, dass wir schnell in diese Fragen einsteigen müssen. 40 Jahre für technische Veränderungen, die notwendig sind für Innovation, für einen relativ grundlegenden neuen ordnungspolitischen Ansatz, sind eine sehr, sehr kurze Zeit. Es ist uns sehr wichtig, dass wir schnell in die Diskussion einsteigen, dass zu den ordnungspolitischen Instrumenten, die wir benutzen müssen, die Tatsache gehört, wie wir besteuern. Wenn wir Arbeitskraft weiterhin so besteuern wie bisher, dann wird die Wirtschaft mit rapide ansteigender Arbeitsproduktivität reagieren - das konnten wir auch in der Vergangenheit sehen. Wir haben keinerlei vergleichbare Produktivitätsgewinne im Verhältnis zu natürlichen Ressourcen. Wir gehen davon aus, dass man die Steuern aufkommensneutral umdenken muss. Knappe Ressourcen sollte man mit Steuern verteuern. Dafür kann man Arbeitskraft verbilligen und dies kann man auch steuerlich aufkommensneutral über die Bühne bekommen. Nur so denke ich, geben wir die preislichen Anreize an Unternehmen, so dass sie ihre innovativen Kräfte wirklich freisetzen und sich in Richtung auf ein nachhaltiges Wachstum ausrichten. Ich hoffe, dass ich ungefähr in den zehn Minuten geblieben bin und freue mich auf die Diskussion.

Vorsitzende Daniele Kolbe (SPD): Das war doch sehr, sehr genau und präzise in den zehn Minuten, wie Sie auch angekündigt haben - dafür Respekt. Ich würde das Wort direkt an Frau Groebner weitergeben.

Viola Groebner (Europäische Kommission): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, während die Ressourceneffizienzmitteilung morgen kommen wird, so kann ich Ihnen mitteilen, dass unsere industriepolitische Mitteilung „Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung“ schon im letzten Jahr, im Oktober, von meinem Kommissar-Vizepräsident, Tajani, dem Kollegium vorgelegt und verabschiedet worden ist. Wir basieren uns natürlich wie alle Leitinitiativen und Sie wissen, es gibt sieben an der Zahl: u. a. digitale Agenda, Armut, Armutsbekämpfung und ressourcenschonendes Europa. All diese sieben Leitinitiativen basieren auf der Wachstumsstrategie. Diese verlangt, dass das Wachstum in Europa intelligenter werden soll. Das heißt, die Wirtschaft soll sich gezielt auf Wissen und Innovationen stützen, denn das Wachstum soll nachhaltiger

werden. Die Wirtschaft soll, wie wir gerade gehört haben, ressourcenschonender, ökologischer und wettbewerbsfähiger werden. Schließlich soll es aber auch integrativer sein. Es soll eine Wirtschaft gefördert werden, die ein hohes Maß an Beschäftigung und sozialem territorialen Zusammenhalt garantiert. Kernbotschaft unserer Leitinitiative der „Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung“ ist, dass die Industrie eine Hauptrolle spielen muss, wenn Europa eine weltweite Wirtschaftsmacht bleiben soll. Dazu brauchen wir eine starke dynamische wettbewerbsfähige industrielle Basis in Europa, die gutbezahlte Arbeitsplätze bietet und gleichzeitig nachhaltiger wirtschaftet. Deshalb lautet auch der Untertitel unserer Mitteilung: „Vorrang für Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit“. In der Leitinitiative sind ungefähr 70 Maßnahmen festgelegt worden, die sowohl auf EU-Ebene, aber auch vor allen Dingen von den Mitgliedsstaaten in den nächsten Jahren umgesetzt werden sollen. Sie wissen, dass die Industriepolitik vorrangig eine Kompetenz der Mitgliedstaaten ist. Der Rat der europäischen Union, das europäische Parlament, die Wirtschaftsverbände, aber auch die Nicht-Regierungsorganisationen haben unseren Ansatz nachdrücklich begrüßt. Ich nenne nur einige Kernpunkte der Initiative: Es wird auf eine gründliche Prüfung der Wettbewerbsfähigkeit neuer, bedeutender Rechtsvorschriften Wert gelegt - diese Initiative haben wir auf den Weg gebracht. Es sollen sogenannte Fitnesschecks durchgeführt werden, das heißt nachträgliche Beurteilungen bestehender Rechtsvorschriften. Somit kann eine ungewollt kumulierende Wirkung von Rechtsvorschriften, die sich gegenseitig nicht widersprechen, aber die doch im Widerspruch stehen, reduziert werden. Damit sollen auch die Kosten für Unternehmen in Europa gesenkt werden. Weiterhin sollen die Gründung und das Wachstum kleiner und mittlerer Unternehmen durch leichteren Zugang zu Krediten und durch Hilfe bei der Internationalisierung gefördert werden. Das System der europäischen Normung soll stärker auf die Bedürfnisse der Industrie ausgerichtet und die Prozeduren sollen beschleunigt werden. Die europäische Verkehrsenergie und Kommunikationsinfrastruktur soll modernisiert und effizienter gemacht werden. Das ist nicht das Letzte, aber es soll auch eine Rohstoffstrategie geben, wie gerade auch von Herrn Falkenberg erwähnt, welche die Rahmenbedingung für eine nachhaltige Versorgung mit einheimischen Primärrohstoffen verbessern soll. Um einen guten Überblick zu bekommen, welche Mitgliedstaaten wie weit in der Umsetzung gekommen sind und wo noch Defizite bestehen, veröffentlichen die Kommission nun jedes Jahr einen Bericht über die Wettbewerbsfähigkeit der Politik der einzelnen Mitgliedstaaten und einen weiteren Bericht über die Wettbewerbsfähigkeit der EU als Ganzes. Klar ist jedenfalls, dass Wachstum

und die Risiken, die die wirtschaftliche Erholung gefährden könnten, sowohl national als auch auf EU-Ebene Prioritäten darstellen. Bisher hat die verarbeitende Industrie die wirtschaftliche Erholung angeführt und das war insbesondere in Deutschland der Fall. Allerdings ist die gegenwärtige gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Europa oder gar weltweit sehr ungewiss, um nicht zu sagen schwierig. Sie haben sicherlich auch die neueste halbjährliche EU-Wachstumsprognose vom 15. September 2011 erhalten. Darin steht, dass sich das Wirtschaftswachstum in der EU abschwächt und nach einem kräftigen Wachstum im ersten Quartal 2011 ließ das Bruttoinlandsprodukt-Wachstum im zweiten Quartal nach. Nach dieser Prognose können wir in Bezug auf die gewerbliche Wirtschaft für das zweite Halbjahr wohl im besten Falle mit bescheidenem Wachstum in der EU rechnen. Auch wenn die Zahlen über die wirtschaftlichen Aussichten aus Sicht von Industrieunternehmen, zumindest im europäischen Durchschnitt - in Deutschland mag das ein bisschen anders sein - ebenfalls nicht sehr gut aussehen: Was wir brauchen, ist eine Stabilität der Finanzmärkte und der öffentlichen Haushalte für nachhaltiges Wachstum. Es sind vor allem die Reformen der Märkte für Produkte und Dienstleistungen, die die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie fördern und ihr langfristiges Wachstumspotenzial freisetzen, so dass Arbeitsplätze erhalten bleiben und neue entstehen. Wie fördert nun Ressourceneffizienz die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie? Wir wissen, dass wir eine neue ökonomische Weltsicht entwickeln müssen, die die Begrenzungen unseres Planeten stärker berücksichtigt. Die derzeitigen Trends beim Ressourcenverbrauch sind noch keineswegs nachhaltig, vor allem vor dem Hintergrund einer wachsenden Weltbevölkerung. Es gibt schon jetzt einen intensiven globalen Wettbewerb um natürliche Rohstoffe und erhöhte Kosten für unsere Industrie. Wie Sie sehen, haben wir damals in unserer industriepolitischen Mitteilung auch schon großen Wert und einen großen Fokus auf Ressourceneffizienz gelegt. Wir wissen, dass die Industrie und insbesondere die Wissenschaftler und Ingenieure viele interessante Ideen für umweltfreundlichere und ressourcensparsamere Produkte in der Schublade haben. Wir müssen aber staatlicherseits einige Voraussetzungen schaffen, dass diese Ideen ein gutes Marktumfeld vorfinden. Wir brauchen zum Beispiel Rechtssicherheit, Verlässlichkeit des gesetzlichen Rahmens und Kohärenz in der Gesetzgebung. Wir brauchen klare und widerspruchsfreie Preissignale und mehr Anreize für eine Kreislaufwirtschaft - das hat auch Herr Falkenberg gerade gesagt. Für intelligentes Produktdesign, das ein einfaches Recycling von Materialien und die Wiederverwendung von Bauteilen ermöglicht. Mehr

Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung. Mehr Unterstützung und Anerkennung für Menschen, die neue Ideen vorantreiben wollen. Klarheit für Verbraucher durch zuverlässige Produktinformationen und klare Produktkennzeichnung. Ein umweltfreundliches öffentliches Beschaffungswesen. Natürlich auch gute Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, um im Dialog zu entwickeln, wie sich die Unternehmen rechtzeitig auf sich wandelnde Rahmenbedingungen und Verbraucherverwünsche einstellen können. Dabei müssen wir auch aufpassen, dass wir die Industrie nicht mit der Politikentwicklung überlasten. Die Unternehmen brauchen längere Planungssicherheit. Wir müssen die internationale Wettbewerbsfähigkeit im Auge behalten. Es gibt hier das schöne auch ins Deutsche übernommene Wort des „Level Playing Fields“, weil sich unsere Industrie auf den Weltmärkten behaupten können muss. Deswegen setzen wir uns für ein ehrgeiziges, aber faires und ausgewogenes internationales Klimaschutzabkommen ein und für einen umfassenden globalen Markt für CO₂-Zertifikate. Wenn wir diese Punkte entschlossen angehen, wird die Entkopplung von ökonomischem Wachstum und Ressourcenverbrauch weitergehen. Wir haben schon eine ganze Reihe erreicht, aber es langt noch lange nicht. Schon im letzten Jahrzehnt zeigte sich, dass das Wachstum sich langsam vom Ressourcenverbrauch entkoppelt hat. In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch kurz auf die Bedeutung des Binnenmarktes hinweisen: Der Binnenmarkt ist ein wesentliches Element, das die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie antreibt. Auch wenn schon viel erreicht ist, so gibt es immer noch eine ganze Reihe von Vorschriften, wie z. B. die Dienstleistungsrichtlinie, die immer noch nicht überall gut umgesetzt worden ist. Ich glaube, dass ich hier zum Abschluss kommen werde, obwohl ich noch eine ganze Menge vortragen könnte, aber das können wir dann auch der Diskussion überlassen.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Frau Groebner, herzlichen Dank. Ich schlage vor, dass wir die anderen beiden Experten noch zu Wort kommen lassen und dann in die Debatte einsteigen. Sie können sich auch schon melden, wenn Sie zu Wort kommen wollen. Die Redeliste ist bereits gut gefüllt. Herr Hüfner, wenn Sie bitte als nächstes das Wort ergreifen würden.

Dr. Felix Hüfner (OECD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Vielen Dank für die Einladung, hier die Green Growth Strategie der OECD vorstellen zu können.

Ich habe einige Folien vorbereitet.¹ Ich hoffe, sie erscheinen oben. Ich arbeite in der volkswirtschaftlichen Abteilung der OECD und bin dort für Deutschland zuständig, unter anderem für den Wirtschaftsbericht Deutschland, der sich mit den langfristigen Wachstumsperspektiven beschäftigt. Darin sehen Sie schon, dass das Green Growth zwar ein multidisziplinärer Ansatz ist - wir haben eine Umweltabteilung die daran arbeitet: eine Arbeitsmarktabteilung Innovation - aber im Kern ist es eine Wachstumsstrategie. Ganz kurz zur Historie, wie die Strategie entstanden ist. Startpunkt war im Juni 2009, eigentlich in der Mitte der Finanzkrise, und da gab es ein großes Committee Meeting in der OECD. Dort hat man gesagt, man braucht ein weiteres Umdenken, das jetzt stattfinden muss und Green Growth wurde eben als ein Kernpunkt dieses Umdenkens entwickelt. Die Strategie wurde im Mai diesen Jahres vorgestellt und wird jetzt laufend weiterentwickelt. Zunächst zur Definition, was wir mit Green Growth meinen: Die Definition besteht im Prinzip aus drei Teilen. Der erste Teil umfasst die Förderung von Wirtschaftswachstum und Entwicklung. Das steht an erster Stelle und daran sehen Sie schon, dass es im Kern eine Wachstumsstrategie ist. Aber, und das ist der zweite Punkt, das Wachstum soll grün sein, hier wird also der Verbrauch natürlicher Ressourcen berücksichtigt. Warum ist das wichtig? Nun, da gibt es zwei Punkte. Zum einen wissen wir, dass, wenn man im „business as usual“ weitermacht - also wenn man den Verbrauch der natürlichen Ressourcen nicht berücksichtigt - dann wirkt sich das langfristig negativ auf das Wachstum aus - da gibt es unterschiedliche Schätzungen zu. Der zweite Faktor, der hier genannt werden muss, ist aber auch, dass der Verbrauch natürlicher Ressourcen Einfluss auf die Lebensqualität der Menschen hat, auf das sogenannte „Well-Being“. Denken Sie an die Lebenserwartung, an die Luftverschmutzung. Auch hier wird der Wachstumsbegriff etwas weiter gefasst als reines BIP-Wachstum. Sie sehen, dass diese beiden Punkte in der Definition enthalten sind. Das heißt, primär gibt es keinen Widerspruch zwischen Wachstum und Umweltschutz und der Berücksichtigung von Verbrauch natürlicher Ressourcen. Aber, und das ist der dritte Punkt, um diesen Einklang möglichst gut zu erreichen, sind Investitionen und Innovationen gefordert - und hier setzen die Politikempfehlungen an. Die Idee hieran ist praktisch, den Umweltschutz möglichst unter verringerten Kosten zu erreichen. Auf der vorliegenden Grafik sehen Sie den Zusammenhang zwischen dem Wachstum und dem Verbrauch natürlicher Ressourcen. Auf der x-Achse, abgetragen in den 90er Jahren, ist

¹ vgl. Kommissionsmaterialie M-17(26)7

die Veränderung des BIP-Wachstums zu sehen und auf der y-Achse, nach oben, ist die Veränderung der CO₂-Emissionen im selben Zeitraum zu verzeichnen. Hieran erkennen Sie schon gewisse Trends, inwieweit sich Wirtschaftswachstum und Emissionen abkoppeln können. Wenn Sie auf der 45 Grad-Linie liegen, dann würde das heißen, Wirtschaftswachstum und Emissionen steigen im selben Ausmaß. Das heißt, das BIP-Wachstum steigt um ein Prozent, Emissionen steigen auch um ein Prozent. Somit findet da keine Abkopplung statt. Befinden Sie sich allerdings weiter unterhalb der 45 Grad-Linie, dann haben Sie ein sogenanntes relatives Abkoppeln. Also liegt ein Wirtschaftswachstum um ein Prozent und einen Ressourcenverbrauch, der geringer ist als ein Prozent, vor. Wenn Sie jetzt den unteren Quadranten betrachten, dann können Sie ein absolutes Abkoppeln beobachten. Das heißt, hier erreichen Sie Wirtschaftswachstum mit einem Rückgang der Emissionen. Sie sehen, dass Deutschland zusammen mit einigen anderen Ländern in den 90er Jahren in diesen Quadranten gefallen ist. In Deutschland und auch in einigen Transformationsländern ist dieser Rückgang durch Sonderfaktoren geprägt gewesen. Nehmen Sie nun aber das Beispiel von Schweden: es liegt mitten auf der x-Achse. Schweden hat Anfang der 90er Jahre eine CO₂-Steuer eingeführt und ist wirtschaftlich genauso stark gewachsen wie Deutschland. Es gibt also Beispiele dafür, dass diese Abkopplung stattfindet. Dieses Diagramm zeigt denselben Zusammenhang in den 2000er Jahren und Sie sehen, dass dieser Trend sich verstärkt hat. Das heißt, viele Länder sind unter die 45 Grad-Linie gerutscht. Somit findet in den meisten OECD-Ländern ein relatives Abkoppeln statt, zudem schaffen immer mehr Länder auch ein absolutes Abkoppeln. Green Growth setzt jetzt daran an, dass man möglichst nah an die Werte, die die x-Achse darstellt, kommt bzw. unten ein absolutes Abkoppeln von Emissionen und Wachstum hinbekommt. In der Strategie von Green Growth gibt es zwei Komponenten. Die eine Komponente, das ist die sogenannte Green-Komponente der Strategie, hier muss man spezifische Anreize für einen effizienten Verbrauch natürlicher Ressourcen setzen. Um dies zu erreichen gibt es verschiedene Möglichkeiten: Unser Kernelement ist ein klares Preissignal, das haben die Kollegen gerade auch schon angesprochen. Mit einem klaren Preissignal, welches man erzeugt, in dem man eine Steuer auf CO₂-Verbrauch setzt oder den Handel mit Emissionszertifikaten einsetzt, ist eine sehr effiziente Methode, um Emissionen zu reduzieren. Allerdings ist der Instrumentenkasten breit. Das heißt, neben den Steuern stehen auch Regulierungen, Informationskampagnen, bereit, um das Ziel zu erreichen. Der zweite Punkt, das ist die Growth-Komponente von Green Growth, ist,

dass man die Rahmenbedingungen für eine effiziente Ressourcenallokation setzen muss. Hier setzt die Kernthese an, dass eine Reduktion von Emissionen, die man durch den ersten Teil erreicht, verbunden ist mit Strukturwandel. Infolgedessen gehen in einigen Sektoren Arbeitsplätze verloren, in anderen Sektoren werden welche geschaffen. Diese Ressourcenallokation muss man möglichst effizient hinbekommen, und der Staat will hier eben Bedingungen setzen. Die Politikempfehlung, und ich komme nachher spezieller darauf zu sprechen, ist im Prinzip die, die man generell für Wachstum braucht. Also auch ohne, dass man Green Growth macht, sind diese Rahmenbedingungen sinnvoll. Aber speziell für den Umgang mit der Green Economy halten wir diese Politikempfehlung für sehr relevant. Beispiele hierfür sind der Innovationsarbeitsmarkt und die Steuerpolitik. Vorliegend ein kurzes Beispiel auf dieser Folie, wie Preissignale wirken. Ich habe eingangs gesagt, der erste Teil der Strategie ist: ein klares Preissignal zu setzen, damit Unternehmen und Haushalte ihre Emissionen einschränken und eben umweltverträglich wirtschaften. Sie sehen hier die Ergebnisse einer Befragung unter Haushalten in OECD-Ländern zum Einsatz effizienter Haushaltsgeräte. Hier ist beispielsweise erkennbar, dass Haushalte, in denen der Wasserverbrauch kostenlos ist, zu einem geringeren Anteil effiziente Haushaltsgeräte einsetzen, beispielsweise Waschmaschinen oder Toilettenspülungen. Der Anteil der Haushalte, die solche Geräte einsetzen, steigt mit den Kosten des Wasserverbrauchs. Das klarste Preissignal - also wenn Sie den direkten Wasserverbrauch messen können und dann kostenpflichtig machen - führt zur größten Anpassung. Ein anderes Beispiel, und hier geht es in den Bereich der Innovationen: Erkennbar sind hier die Patentanmeldungen in ausgewählten Sektoren im Umweltbereich über die Jahre hinweg für die Länder, die das Kyoto-Protokoll ratifiziert haben. Sie sehen das zum Zeitpunkt der Ratifizierung des Kyoto-Protokolls 1997: das hat dazu geführt, dass die Innovationstätigkeit und die Patentanmeldungen in vielen Sektoren des Umweltbereichs stark angestiegen sind. Das heißt, allein schon durch das Setzen von Anreizen erreichen Sie eine Anpassung des Wirtschaftens hin zu mehr Innovationen, um den Ressourcenverbrauch effizienter zurückführen zu können. Gleichzeitig ist es so, dass allein das Setzen dieses ersten Preissignals nicht ausreicht. Hinzu kommen eben die Rahmenbedingungen, um diesen Übergang hin zu einer Green Economy möglichst positiv zu gestalten. Hier kommen wir zu den Politikempfehlungen: Ganz zentral, und da ähneln wir sehr der EU-Kommission, ist, dass Innovation gefördert werden muss. Sie sehen hier auf diesem Diagramm die Ausgaben für staatliche Unterstützung für private Forschungs- und Entwicklungsausgaben. Hier gibt

es zwei Möglichkeiten: Entweder Sie machen eine direkte Forschungsförderung, das heißt Sie subventionieren bestimmte Forschungsprojekte, oder Sie führen eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung durch. So haben Unternehmen beispielsweise spezielle Anreize, diese Kosten abzusetzen. Sie sehen hier, Deutschland steht bei diesen Ausgaben relativ weit hinten - das ist der erste Punkt. Der zweite Punkt ist, dass die Politik rein auf direkter Forschungsförderung beruht. Unsere Empfehlung wäre eben, diese Ausgabenstruktur hin zu steuerlichen Anreizen für Forschung und Entwicklung zu verändern. Denn ganz zentral im Green Economy bzw. Green Growth Konzept ist, dass man nicht spezielle grüne Sektoren alleine fördern sollte, sondern dass es darauf ankommt, eine breite Palette in der gesamten Wirtschaft zu fördern. Dies ist nötig, da man von vornherein gar nicht sagen kann, in welchen Sektoren die Innovationen bestehen, die nachher den Ressourceneinsatz effizienter gestalten können. Zum Politikfeld Arbeitsmarkt: hier habe ich eingangs schon erwähnt, führt Green Growth oder der Übergang zu einer Green Economy eben dazu, dass Arbeitsplätze an einer Seite der Volkswirtschaft entstehen, an einer anderen fallen Arbeitsplätze weg. Wenn man sich mal den direkten Effekt über die Sektoren hinweg anschaut, dann sehen Sie hier, dass 80 Prozent aller CO₂-Emissionen von sieben Sektoren erzielt werden. Das heißt, diese Grafik zeigt den kumulativen Anteil der CO₂-Emissionen und den kumulativen Anteil an der Gesamtbeschäftigung. Diese sieben Sektoren, die für 80 Prozent der Emissionen verantwortlich sind, beschäftigen allerdings nur sechs Prozent aller Beschäftigten. Das heißt, die Anforderungen an diesen Strukturwandel, die muss man auch in ein gewisses Verhältnis setzen. Nichtsdestotrotz ist es natürlich unbestritten, dass höhere Energiekosten auch Auswirkungen auf die anderen Sektoren haben. Denken Sie an das verarbeitende Gewerbe und andere Sektoren. Hinzu kommt, dass das Green Growth eben dazu führt, dass neue Sektoren entstehen. Denken Sie an Windenergie oder an andere Sektoren im regenerativen Bereich. Das heißt, für den Arbeitsmarkt, für das Politikfeld Arbeitsmarkt, gibt es die Herausforderung, dass die Job-Reallokation erleichtert werden muss. Es gilt da das Mantra, das auch für die generelle Wirtschaftspolitik gilt: Man sichert Beschäftigung, aber nicht einzelne Arbeitsplätze. Konkret übersetzt heißt das, in welchen Sektoren die Beschäftigung entsteht, soll von vornherein offen sein. Das sollte der Markt entscheiden und die Rahmenbedingungen sollten eben so gesetzt werden, dass diese Reallokation möglichst gut funktioniert. Der zweite Punkt ist, dass Green Growth und der Übergang zu Green Economy Herausforderungen an Bildung und Weiterbildung setzt. Das jetzt nicht nur im Hinblick darauf, dass

man grüne Skills braucht. Es geht darum, dass man heute von vornherein noch gar nicht sagen kann, was in den nächsten 50 Jahren für Innovationen entstehen und in welchen Bereichen diese stattfinden. Was man erreichen muss, ist, dass die Bevölkerung mit möglichst allgemeinen Skills ausgestattet ist. Je nachdem wohin der Strukturwandel führt, können die Menschen sich anpassen. Der dritte Punkt ist die Überleitung zur Fiskalpolitik: Die Einnahmen, die man durch Umweltsteuern und andere Maßnahmen in der Umweltpolitik erzielt, kann man zur Reduktion von Steuern auf Arbeit nutzen. Sie sehen hier eine Grafik über die OECD-Länder hinweg mit den Einnahmen aus Umweltsteuern. Hier steht Deutschland bei sechs Prozent aller Steuereinnahmen. Das ist ungefährer im OECD-Schnitt. Sie sehen aber auch, dass einige Länder deutlich mehr Einnahmen erzielen. Korea, Japan und Holland erreichen ungefähr zehn Prozent der Einnahmen. Jetzt kann man diese Umweltsteuern zu mehreren Aspekten verwenden. Ein Aspekt, der im Moment natürlich für viele Länder eine große Rolle spielt, ist die fiskalische Konsolidierung. Das heißt, ich kann meine Staatsdefizite mit guten Steuern zurückführen, die eben auch ein anderes Ziel des Umweltschutzes erreichen. Aber ich kann Steuern auch aufkommensneutral verwenden, indem ich die Steuern auf Arbeit senke. Sie sehen hier die zweite Grafik, eine bekannte Grafik. Diese zeigt die Sozialabgaben in Prozent aller Steuereinnahmen. Hier steht Deutschland relativ weit oben. Das heißt, obwohl Deutschland auch einer der Vorreiter war mit der ökologischen Steuerreform, die eben genau diesem Prinzip entspricht, war Deutschland einer der Vorreiter in diesem Bereich. Wir sehen aber immer noch viel Spielraum, weiter in diese Richtung zu gehen. Ich möchte abschließen mit einem Punkt, mit einem Hinweis auf die Verteilungsaspekte. Es ist unbestritten, dass Strukturwandel und Green Growth manche Firmen und manche Haushalte mehr als andere Firmen und Haushalte betreffen. Wenn Sie jetzt auf die Firmenebene gehen, ist die große Sorge, dass, wenn Sie Länder haben, die weniger für den Umweltschutz tun als es in Deutschland der Fall ist - dass Firmen ihre Standorte dann in diese Länder verlegen. Ein Punkt, den man hier entgegen wenden kann, ist, dass diese Kosten für den Verbrauch natürlicher Ressourcen nur ein Faktor bei der Standortwahl sind. Wenn jetzt ein deutsches Unternehmen seine Produktion nach China verlagert, ist nicht vorn vornherein klar, ob das wegen der Kosten des Umweltschutzes ist oder ob es einfach die Lohnkosten sind. Aber diese Kosten des Verbrauchs natürlicher Ressourcen können ein Faktor sein. Von daher kann man über eine Kompensation von solchen Firmen nachdenken. Wichtig ist dabei allerdings, dass der Anreiz, den man von vornherein gesetzt

hat, die Verbräuche natürlicher Ressourcen zu limitieren, erhalten bleibt. Das heißt, es spricht eigentlich dagegen, diese Firmen von der Besteuerung auszunehmen. Der letzte Punkt betrifft nur die Haushalte. Das ist mein zweiter Aspekt. Es ist so, dass Umweltsteuern empirisch einen regressiven Effekt haben. Das heißt, niedrig verdienende Haushalte sind typischerweise stärker betroffen als höher verdienende Haushalte, da sie einfach mehr Ausgaben für Energie oder für Produkte haben, bei denen Energie eine große Rolle spielt. Das heißt, auch hier besteht eine Option der Kompensation. Unsere Empfehlung: Diese Anpassung, diese Kompensation im allgemeinen Steuer- und Transfersystem zu machen, um wiederum den Anreiz des natürlichen, des effizienten Ressourcenverbrauchs bestehen zu lassen. Vielen Dank.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Herr Dr. Hübner, ganz herzlichen Dank für diesen spannenden Vortrag. Ich gebe als letzter Sachverständigen Frau Weick das Wort.

Vera Weick (UNEP): Vielen Dank Frau Vorsitzende. Meine sehr geehrten Damen und Herren. Vielen Dank für die Möglichkeit, hier im Rahmen der Enquete-Kommission das Konzept der Green Economy von UNEP und einige Ergebnisse aus dem Green Economy Report vorzustellen. UNEP ist nach seinem Selbstverständnis die Stimme der Umwelt bei den Vereinten Nationen und wirkt hier als Anwalt und Vermittler für den schonenden Umgang mit der Umwelt und mit natürlichen Ressourcen. Unter diesem Mandat hat UNEP in 2008 die Green Economy Initiative mit dem Ziel gestartet, eine ökonomische Begründung für Investitionen in die Umwelt zu liefern. Als Bestandteil dieser Initiative hat UNEP über die letzten zwei Jahre in Zusammenarbeit mit Experten und Instituten aus Industrie- und Entwicklungsländern, aber auch mit Beiträgen von internationalen Organisationen - insbesondere der Internationalen Arbeitsorganisation - den Green Economy Bericht erstellt und im Februar 2011 im Internet veröffentlicht. Der Bericht definiert die Green Economy als eine Wirtschaft, die zu einem größeren Wohlstand der Menschheit, und zu mehr sozialer Gerechtigkeit führt und gleichzeitig Umweltgefahren und ökologisch bedingten Mangel erheblich reduziert. Vereinfacht auf den Punkt gebracht ist dann eine Green Economy CO₂-arm, ressourcenschonend und sozial gerecht. Eine Reihe von Entwicklungen aus den letzten Jahren steht im direkten Gegensatz zu dieser Vision und hat die Arbeit an dem Bericht weiter vorangetrieben. Dazu gehören die Ihnen bekannten vielschichtigen Krisen der Jahre 2007 bis 2010, die Energiekrise im Zusammenhang mit stark schwankenden Energiepreisen,

steigende Lebensmittelpreise, Lebensmittelverknappung in einigen Teilen der Welt und schließlich auch die Finanzkrise und die folgende Wirtschaftskrise seit 2008. Alle diese Entwicklungen ließen Grund zur Annahme, dass das derzeitige Wirtschaftsmodell Schwächen hat und die Zeit reif ist, für eine Diskussion darüber, was in unserer Art des Wirtschaftens grundlegend verändert werden könnte. Dazu kommen die Nachrichten, die den fortschreitenden, oft unwiederbringlichen Abbau von natürlichen Ressourcen, den Klimawandel und den Verlust von Habitaten und Artenvielfalt sowie die Armut großer Bevölkerungsteile in Entwicklungsländern beschreiben. Ich denke, Sie kennen alle diese Beispiele: 60 Prozent der Ökosystemleistung gelten als degradiert oder nicht nachhaltig genutzt. 80 Prozent der kommerziellen Fischereibestände gelten in unterschiedlichen Abstufungen als überfischt. Für 1,1 Mrd. Menschen fehlen sanitäre Anlagen. Über 800 Mio. Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Gleichzeitig spricht der kürzlich veröffentlichte Bericht des internationalen Ressourcenpanels zur Abkopplung der Nutzung natürlicher Ressourcen und Umwelteinflüsse vom wirtschaftlichen Wachstum, von einer Verdreifachung des Ressourcenabbaus bis 2050, wenn derzeitige Trends fortgeführt werden. Entgegen der Idee, dass Umweltschutz auf Kosten des Wirtschaftswachstums geht, beschreibt der Bericht die Green Economy als einen potenziellen Motor für Wirtschaftswachstum, als eine Strategie zur Arbeitsplatzerschaffung und -sicherung und als eine Strategie zur Armutsbekämpfung. Im Zentrum der Strategie stehen eine Umverteilung von Kapital - von sowohl privaten wie auch öffentlichen Mitteln - und die gezielte Investition in eine Reihe von Schlüsselsektoren, die den Übergang zu einer ökologischen Marktwirtschaft voranbringen können. Das Green Economy Konzept setzt sich mit drei grundlegenden Begriffen einer Volkswirtschaft auseinander: Den Investitionen, dem Wachstum und der Beschäftigung. In einer mehr anwendungsorientierten Definition ist eine Green Economy dann eine Volkswirtschaft, in der das Wachstum von Einkommen und Beschäftigung angetrieben wird durch Investitionen die Kohlenstoffemission und Umweltschutz reduzieren, Energie und Materialeffizienz erhöhen und den Aufbau von natürlichem Kapital fördern. Die Sektoren, die vor diesem Hintergrund im Bericht näher untersucht wurden, sind die Landwirtschaft, das Bauwesen, Energieversorgung, Fischerei, Forstwirtschaft, Industrie, Tourismus, Transportwesen sowie Abfall- und Wasserwirtschaft. Der Bericht geht also von der Hypothese aus, dass Investitionen in die Umwelt - zusätzlich zu den erwarteten Umweltverbesserungen - positive gesamtwirtschaftliche Ergebnisse liefern. Die Hypothese wurde in einem systemdynamischen Modell getestet. Es fasst

verschiedene Sektormodelle in einem globalen Modell zusammen, in dem Rückkopplungseffekte und Bestände an natürlichen Ressourcen berücksichtigt und bereits existierende Prognosen aus anderen internationalen Berichten repliziert werden. Sehr verkürzt dargestellt untersucht das Modell die Auswirkung von einer zusätzlichen jährlichen Investition in die Weltwirtschaft über den Zeitraum von 2011 bis 2050, die zwei Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts oder einer Summe von 1,3 Billionen US-Dollar entspricht. Gegenüber gestellt werden dann die Ergebnisse des Ausgangsszenarios, in dem die zwei Prozent ausgehend von den historischen Trends investiert werden - also ohne wesentliche Veränderungen der politischen und sonstigen externen Rahmenbedingungen - und die Ergebnisse des Green Economy Szenarios, in dem zwei Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts gezielt in die zehn genannten Schlüsselsektoren investiert werden. Gefördert werden hiermit u. a. der Ausbau der ökologischen Landwirtschaft, die Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien, die Reduktion der Fangflotten in der Fischerei. Weiterhin Maßnahmen, die die Effizienz von Wasserversorgung und Energieeffizienz in Gebäuden erhöhen, Aufforstungsmaßnahmen sowie der Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der Abfall- und Kreislaufwirtschaft. Die Ergebnisse zeigen, dass die Investitionen ein wirkungsvoller Antrieb für den Übergang zu einer CO₂-armen und ressourcenschonenden Weltwirtschaft sind. Mit den Investitionen werden mittel- und langfristig, also ungefähr nach fünf Jahren, höhere Wachstumsraten erzielt als in den Ausgangsszenarien. Es kommt zu einem Zugewinn an natürlichen Ressourcen und zu einem Anstieg des weltweiten Bruttoinlandsprodukts und des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf. Diese Art des Wachstums ist geprägt durch eine deutliche Abkopplung der Wirtschaft von Einflüssen auf die Umwelt. Das Verhältnis von ökologischem Fußabdruck, also dem Ecological Footprint, zur Biokapazität geht der Prognose zufolge bis 2050 von dem gegenwärtigen Stand von 1,5 auf weniger als 1,2 zurück. Es liegt dann somit viel näher am Grenzwert von 1,0 der für Nachhaltigkeit definiert ist. Die weltweite Energienachfrage steigt leicht an, geht aber bis 2050 auf das heutige Niveau zurück und liegt dann aufgrund von deutlichen Errungenschaften im Bereich der Energieeffizienz etwa 40 Prozent unter dem Ausgangsszenario. Die energiebedingten CO₂-Emissionen gehen gegenüber dem Wert von heute bis 2050 um etwa ein Drittel zurück. Es entstehen auch Arbeitsplätze, die den Verlust von Arbeitsplätzen in anderen Wirtschaftsbereichen aufwiegen. Dies gilt vor allem in der Landwirtschaft, im Bauwesen, in der Energieversorgung, der Forstwirtschaft und im Transportwesen. Dort, wo Ressourcen bereits stark dezimiert sind,

wie in der Fischerei, sind kurz- und mittelfristige Arbeitsplatz- und Einnahmeverluste unumgänglich, damit sich die natürlichen Bestände erholen und dauerhaft Verluste vermieden werden können. Zusammengefasst zeigen die Ergebnisse, dass in einer Green Economy Arbeitsplätze und wirtschaftlicher Fortschritt entstehen, während die Risiken des Klimawandels und einer zunehmenden Wasserknappheit sowie die Verluste von Ökosystemleistungen verringert werden. Über diese globalen Erkenntnisse hinaus analysiert der Bericht die vorherrschenden Trends, Potenziale und politischen Rahmenbedingungen in den zehn Sektoren - auch und spezifisch für Städte. Aus diesen Analysen werden zwei Dinge deutlich: Dass die Green Economy nicht nur für Industrieländer von Bedeutung ist, sondern auch ein wichtiger Faktor für mehr Wachstum und Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern und dass sich in einigen Bereichen der Wandel zu einer Green Economy bereits in schnellem Tempo vollzieht. Zum Beispiel wurden in 2010 Neuinvestitionen in umweltfreundliche Energien in Rekordhöhe von 180 bis 200 Mrd. Us-Dollar getätigt. Dieses Wachstum wird immer mehr von Ländern erzielt, die nicht der OECD angehören. Auch wenn für die Darstellung der globalen Trends dieses globale Modell verwendet wurde und derzeit in der Vorbereitung für die Rio+20 Konferenz Green Economy auf internationaler Ebene diskutiert wird, ist es ein Konzept, das vornehmlich auf nationaler Ebene seine sinnvolle Anwendung findet. Der nationalen Regierung kommt eine Schlüsselrolle zu, die Möglichkeiten im jeweiligen Land einzuschätzen, Ziele vorzugeben und ordnungspolitische Rahmenbedingungen und Anreize zu schaffen. Aufgrund der Bandbreite der Ausgangspositionen der Länder kann der Bericht nur generelle Handlungsempfehlungen abgeben und einige wurden hier auch schon von den Kollegen genannt. Zum einen die Schaffung von fundierten ordnungspolitischen Rahmenbedingungen unter der Ausnutzung des Spielraums von Gesetzen, Standards und öffentlichen Auftragsverfahren. Ein Aufstocken von Staatsausgaben und Investitionen in Bereichen, die den Umbau bestimmter Sektoren fördern, z. B. mit Hilfe von Steueranreizen, zeitlich limitierten Zuschüssen oder verbilligten Krediten. Die Reduktion von Staatsausgaben, die natürliches Kapital dezimieren und insbesondere der Abbau von umweltschädlichen Subventionen. Das Schaffen von Anreizen, die Verbraucherausgaben umlenken und ökologische Innovationen fördern. Im Bezug auf Innovationen spricht der Bericht des internationalen Resource Panels von Systeminnovationen oder den massiven Investitionen in Ressourcenabkopplungen, die notwendig sind, um einen Anstieg des Ressourcenverbrauchs bis 2050 auf 40 Prozent zu begrenzen. Um eine absolute Reduktion

des Ressourcenverbrauchs zu erreichen, sind dann Steigerungen der Ressourcenproduktivität notwendig, die über dem Wachstum des weltweiten Bruttoinlandsprodukts liegen: Wenn wir von drei Prozent ausgehen, müssen wir eben mehr als drei Prozent an Ressourcenproduktivität erreichen. In diesem Zusammenhang ist wieder interessant zu erwähnen, und Herr Falkenberg ist darauf auch schon eingegangen, dass die Subventionen in den Bereichen Energieversorgung, Wasser, Fischerei, Landwirtschaft, die eine nicht-nachhaltige Ressourcenverwendung fördern, bis auf ein oder zwei Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts geschätzt werden. Das entspricht dann etwa dem Wert, den der Bericht im globalen Modell an zusätzlichen Mitteln in die Weltwirtschaft investiert, um den Übergang zur Green Economy zu fördern. Auch wenn es im Hinblick auf den Abbau von umweltschädlichen Subventionen jetzt zunehmend Konsens gibt, bleiben noch weitere Fragen offen und diese müssen zum Forschungsgegenstand der kommenden Jahre werden: Wie kann sich der Übergang zu einer Green Economy so reibungslos und gerecht wie möglich gestalten? In vielen Bereichen gibt es so etwas wie einen Lock-In-Effekt und Infrastruktur und Produktionssysteme lassen sich nicht von heute auf morgen verändern. Es wird auch Verlierer und Verluste geben und es müssen Übergangslösungen gefunden werden. Wie kann außerdem sichergestellt werden, dass die positiven Aspekte des Welthandels, wie die Verbreitung von Umwelttechnologien und Umweltwissen im Vordergrund stehen und nicht ein aus der Green Economy geborener Handelsprotektionismus? Der Bericht des internationalen Ressourcenpanels wirft zusätzlich die Frage auf, wie die Abkopplung des Ressourcenverbrauchs für Güter vollzogen werden kann, die gehandelt und in internationalen Wertschöpfungsketten hergestellt werden - und wer hier eigentlich die Hauptverantwortung trägt. Schließlich, wie lässt sich der Fortschritt im Hinblick auf eine Green Economy messen, wenn herkömmliche Indikatoren wie das Bruttoinlandsprodukt und das Brutto-sozialprodukt zu einer Fehlallokation von Kapital führen? Entscheidungsträger- und das Unternehmen dieser Enquete-Kommission steht im Zeichen dessen - sind nun gefragt, die traditionellen Messgrößen für Wohlstand zu überdenken und neu zu definieren. Denn eines ist klar, und so endet der Green Economy Bericht von UNEP, das größte Risiko besteht darin, den Status Quo beizubehalten. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Frau Weick, auch Ihnen ganz herzlichen Dank. Ich glaube, dass wir jetzt eine außergewöhnlich gute Basis für eine lebendige Debatte haben. Allein mit Blick auf die Uhr ist schon jetzt klar, dass

wir wahrscheinlich nicht alles hier besprechen können. Die Redeliste ist voll. Zwei Bemerkungen dazu. Erst mal haben wir hier versucht ein bisschen zwischen Opposition und Koalition zu mixen, so dass beide Seiten zu ihrem Recht kommen und sich das ungefähr die Waage hält. Ich würde vorschlagen, dass wir jeweils fünf Fragen oder Diskussionsbeiträge sammeln und ich würde Sie alle ganz herzlich bitten, dass Sie natürlich nicht nur konkret und präzise formulieren, sondern auch möglichst Personen benennen. Wenn Sie eine Frage haben, bitte konkretisieren Sie an wen Sie diese stellen, damit nicht alle vier Sachverständigen auf alle Fragen antworten müssen. Das würde den Rahmen sicherlich sprengen. Ich stelle Ihnen die ersten fünf Personen vor. Das wären Herr Dr. Nüßlein, Frau Andreae, Prof. Jänicke, Frau Arndt-Brauer und Prof. Miegel.

Abg. Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU): Vielen Dank Frau Vorsitzende. Ich will mich zunächst mal auf das beziehen, was die beiden Vertreter der EU-Kommission hier vorgetragen haben und werde beide bitten, darauf einzugehen, was sie denn aus der Lissabon-Strategie für Schlüsse ziehen. Aus meiner Sicht war das wohl ein Schuss in den Ofen. Das heißt, was man sich da vorgenommen hat, innerhalb von zehn Jahren die wettbewerbsfähigste Region der Welt zu werden, war ein hehrer Anspruch, aber es ist die letzten zehn Jahre eigentlich nicht das passiert, was man sich da vielleicht erwartet hat und deshalb zunächst mal meine Frage: Was für Schlüsse ziehen Sie denn daraus? Es bringt nun nichts, wenn die eine Strategie nicht aufgegangen ist, die nächste in der gleichen Manier oben drauf zu setzen. Zweitens: Zu dem was insbesondere Herr Falkenberg zu dem Thema ordnungspolitische Eingriffe gesagt hat, würde ich gerne fragen, wie denn die Kommission zu dem Thema Subsidiarität und demokratische Rückbindung in dem Zusammenhang steht? Drittens: Es klang ein bisschen an, in dem was Sie gesagt haben. Neue Kompetenzen, beispielsweise im Bereich des Steuerrechts, werden zu dem, was Sie hier vorgegeben haben, vermutlich notwendig. Macht es dann nicht Sinn, wenn Sie sich auf die Dinge konzentrieren, wo Sie schon Zugriff haben? Ich nehme jetzt z. B. mal das Garantierecht, das nach meiner Feststellung beispielsweise vergemeinschaftet ist. Es war mir zunächst mal gar nicht klar, dass auch hier der Gesetzgeber in dem was er tun kann national ganz enge Spielräume hat. Da könnten wir von dieser Seite beispielsweise doch auch eine europaweite Qualitätsoffensive starten. Also mir geht es insbesondere, was die Kommission angeht, um die Frage: Bekommen wir dann so etwas wie einen institutionellen Wettbewerb innerhalb Europas noch irgendwie hin? Oder

sind wir jetzt im Zusammenhang mit dem, was allgegenwärtig diskutiert wird, -nämlich die gemeinsame Wirtschaftsregierung -, dann auf dem Weg dieses Thema, wirklich einheitlich und gleich und jenseits von Demokratie und Subsidiarität zu bearbeiten? Was den Herrn Hüfner von der OECD angeht, interessiert mich zum einen im Hinblick auf die Zahlen, die Sie vorgestellt haben, ob an dieser Stelle nicht Deindustrialisierung - im Sinne von Verlagerungsprozessen - eine Rolle gespielt hat. Bei der Bundesrepublik haben Sie es im Zusammenhang mit der Integration der ehemaligen DDR angedeutet, wo es offenkundig ist. Aber inwiefern sind denn diese Schlüsse, diese Zahlen nicht auch überlagert von industriellen Veränderungen? Was die Umweltsteuern und ihre Präferenzen an der Stelle angeht, da bin ich als Politiker zunächst immer skeptisch: Wenn es heißt, man führt die eine Steuer ein und kompensiert die andere damit, weil üblicherweise das eine passiert und das andere unterlassen wird. Das ist nun nichts parteispezifisches, sondern allgemein vermutlich der Not der Haushalte geschuldet. Nun sind aber Steuern nichts Anderes als Einnahmen für den Staat. Umweltsteuern allerdings, die sollten eine gewisse Lenkungswirkung entfalten. Wenn sie denn dann richtig funktionieren, gehen auf der anderen Seite diese Einnahmen zurück. Das ist für mich die Problematik, dass dann damit die Einnahmen sinken und wir gleichzeitig Kompensationsmodelle machen sollen. So wie Sie es sagen, nämlich durch Belastung der Arbeit, und dies dann auch noch sozial zu kompensieren und zusätzlich eine steuerliche Situation zu haben, die sich dann je nachdem eben auch verändert, halte ich für nicht ganz einfach. Vielleicht können Sie dazu noch Stellung nehmen. Frau Weick, ganz kurz, zum einen haben Sie gesagt, die Schwäche des Wirtschaftssystems würde im Rahmen dieser Krisen offenbar. Ich sehe das insbesondere mit Blick auf die aktuelle Krise überhaupt nicht so. Die soziale Marktwirtschaft verpflichtet keinen Staat über die Gebühr Schulden zu machen. Das steht nirgends. Insofern kann ich den Zusammenhang zwischen dem Wirtschaftssystem auf der einen Seite und der Schuldenkrise auf der anderen Seite nicht unmittelbar erkennen, aber vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen. Und Ihre Empfehlung, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts weltweit, so habe ich das verstanden, in diese Umstellung zu investieren, ist, so vermute ich, eine Bepreisung. Was wird uns diese Umstellung kosten oder ist das wirklich im Sinne einer Investition gemeint? Dann müssten entweder entsprechende Renditen zur Verfügung stehen, die diese Investitionen anreizen oder wenn es diese Renditen nicht gibt, dann müsste es in diesem Ausmaß staatliche Subventionen geben, die diese

Investitionen dann entsprechend von der Seite anreizen. Wie muss man das verstehen? Vielen Dank.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Frau Andreae.

Abg. Kerstin Andreae (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank für die Vorträge und auch für die Berichte. Wenn ich das mal ganz grob zusammenfasse, dann entnehme ich allen Ihren Vorträgen, dass Sie erst mal sagen, es gibt keinen Widerspruch zwischen ökonomischer Entwicklung und nachhaltiger Umweltpolitik. Und nicht nur, es gibt keinen Widerspruch, sondern das ganze bedingt sich sogar. Angesichts der Entwicklung auf den Weltmärkten und auch der Entwicklung von ökologischen und sozialen Krisen werden wir sogar, um dieses zusammenzuführen, an ökonomischer Entwicklung und nachhaltiger Umweltpolitik, nicht vorbeikommen. Das heißt aber auch, und so habe ich Sie auch mehr oder weniger alle verstanden, dass wir dazu politische Rahmensetzungen brauchen. Jetzt kommen die Fragen, die sich daraus stellen: Einmal an Herrn Falkenberg, und dann an Frau Groebner. Mir ist nicht ganz klar, wie Sie Ihre Diskussion eigentlich verzahnen. Herrn Falkenberg nehme ich als jemanden wahr, der sehr klar für wirtschaftliche Instrumente geworben hat. Für richtige Preissignale, auch für die Ökosteuer, oder dafür die Umwandlung von Ressourcen zu besteuern und Arbeit auch billiger zu machen. Sie, Frau Groebner, habe ich da sehr viel zurückhaltender wahrgenommen. Die Betonung auf „Level Playing Field“ ist da schon sehr deutlich. Das ist immer wieder eine Ansage und letztlich auch ein leichtes Totschlagargument im politischen Raum, weil dann die Aussage ist: Wir schädigen unsere nationale Industrie, wenn wir zu weit gehen. Ich glaube das nicht. Ich glaube, dass es genau andersrum ist und dass wir unserer nationalen Industrie einen großen Gefallen tun, auch einen Entwicklungsgefallen, wenn wir hier sehr klare und strenge Vorgaben machen. Denn vor dem Hintergrund dessen, was ich am Anfang gesagt habe, gehören ökonomische Entwicklung und nachhaltige Umweltpolitik zusammen. Aber wie verzahnen Sie diese? Das ist meine erste Frage an Sie beide. Meine zweite Frage: In der aktuellen Diskussion werden wir, ich schätze mal noch vier Wochen haben, aber dann diskutieren wir über Konjunkturpakete - und zwar national und auch europapolitisch. Gibt es schon erste Überlegungen, dass wir damit beginnen diese Konjunkturpakete, - die wir bekommen werden, wie ausgestaltet wissen wir noch nicht, wie teuer wissen wir auch noch nicht, aber das ist nur noch eine Frage der Zeit, woher wir das Geld nehmen, wissen wir auch noch nicht - , aber wenn, dann ist auch die

Frage, ob es uns diesmal gelingt, Konjunkturpakete mit einer quasi ökologischen Ausrichtung und einer Zukunftsorientierung zu entwickeln. Um es mal vereinfacht zu sagen: Dass wir uns mal von Abwrackprämien verabschieden und hingehen zu einer nachhaltigen Entwicklung. Da ist noch die Frage an Sie, wie diskutieren Sie konkret? Noch im Hinblick auf die Ressourceneffizienzstrategie: Herr Falkenberg, könnten Sie da noch etwas über Ziele sagen? Gibt es innerhalb dieser Strategie auch klare Margen, wo Sie sagen, das wollen wir bis dann erreichen, das ist unser Ziel und so werden wir das auch messen und nachprüfen? Vielleicht ist denkbar, dass es auch einen kontinuierlicheren Gesprächsrahmen zur Ressourceneffizienzstrategie zwischen den Mitgliedsstaaten gibt. Welche Instrumentarien haben Sie hier entwickelt? Dann möchte ich noch Herrn Hüfner fragen. Zu Ihrem Vortrag zwei Anmerkungen oder eine Frage: Sie lassen im ganzen Bereich CO₂-Emissionen die Landwirtschaft draußen. Jetzt habe ich gelernt, - ich bin keine Umweltpolitikerin, ich mache Wirtschaftspolitik -, aber ich habe gelernt, dass die Landwirtschaft bei den CO₂-Emissionen inzwischen einen gigantischen Anteil trägt. Dass wäre jetzt natürlich spannend, diesen mit zu berücksichtigen, vor allem weil wir hier in dieser Enquete auch über das Thema Lebensstile sprechen werden. Lebensstile heißt z. B. auch, wie sieht unsere Nahrungsindustrie aus, wie agieren wir hier? Deswegen habe ich nicht ganz verstanden, warum Sie es draußen gelassen haben. Und ob Sie mir noch eine Sache sagen könnten - weil Sie bei den Forschungs- und Entwicklungs-Ausgaben die steuerliche Forschungsförderung angesprochen haben: Da haben wir national einen interessanten Diskurs. Alle wollen es, keiner macht es! Aber welchen Zusammenhang gibt es denn? Diese Folie, die Sie hier vorgelegt haben - staatliche Unterstützung für private Forschung und Entwicklung -, haben Sie quasi ein Pendant dazu, wie sich Innovation dann in den einzelnen Ländern entwickelt? Denn die Begründung für Forschung und Entwicklung ist immer: Damit fördern wir Innovation. Deswegen wäre es jetzt sehr spannend, da quasi eine andere Folie darüber zu legen und zu sagen, wir haben auch tatsächlich einen positiven Effekt von Forschung und Entwicklung, Förderung und Innovation. Dankeschön.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Herr Prof. Jänicke.

SV Prof. Dr. Martin Jänicke: Auch meinerseits herzlichen Dank für diese wichtigen und interessanten Beiträge. Ich denke, es macht Sinn, dass wir unser Thema hier einmal in Kategorien der Industriepolitik vorgeführt bekommen haben. Wir erleben etwa in der Klimapolitik, dass die Politik

nicht vorankommt. Aber Klimaschutz in Kategorien der Industriepolitik definiert ist eine einzige Erfolgsgeschichte – weltweit und in immer mehr Ländern im Übrigen. Es macht Sinn, denke ich, Umweltziele in die Sprache der Marktentwicklung zu übersetzen. Das geht zwar nicht überall, denn nicht alle Probleme können mit marktfähigen Techniken gelöst werden. Aber das Potenzial ist eben doch gewaltig und das haben die Beiträge hier gezeigt. Ich will etwas sagen, - auch als Schlussfolgerung für unsere Arbeit -, was Green Growth eigentlich ist. Was die Faktoren sind, die dies eigentlich bewirken, um das dann beurteilen zu können. Der erste Faktor ist die Steigerung der Ressourcenproduktivität. Dass dies einen wichtigen Beitrag zur Produktivitätsentwicklung darstellt und dass Produktivitätsentwicklung natürlich auch wachstumsrelevant ist, das muss man nicht betonen. Wenn man es sich mal ansieht, und die Zahl wurde hier auch genannt: Verdreifachung der Rohstoffverbräuche bis 2030 oder die Tatsache, dass wir 95 Prozent der Rohstoffe schon verbraucht haben, bevor ein Produkt auf den Markt kommt, dies zeigt, welche gewaltigen Produktivitätspotenziale hier liegen. Das zweite ist eine staatlich induzierte Investitionspolitik, die sich aber potenziell über Effizienzgewinne refinanziert. Erstens haben natürlich mehr Investitionen auch Wachstumseffekte. Wir haben beiläufig bemerkt, ich glaube unter den OECD-Ländern die niedrigste Investitionsquote mit 5,3 Prozent. Die wäre noch niedriger, wenn wir keine Investition in Klimaschutz hätten. Das ist sogar ein ganz wesentlicher Beitrag. Hier geht es also um eine Erhöhung der Investitionsquote zur Sanierung der umweltintensiven Industrien. Das dritte ist das forcierte Innovationstempo. Keine Frage, Innovation und Wachstum, das hat etwas miteinander zu tun. Es gibt keinen Bereich, wo so viel über Innovationen gesprochen wird wie beim Umweltschutz oder Klimaschutz. Das hat damit zu tun, dass langfristig gesehen wirtschaftliche Entwicklung letztlich nur unter permanentem technischen Wandel möglich ist. Das ist natürlich ein permanenter Innovationsprozess, der über das hinausgeht, was der Markt uns bieten kann, der also natürlich auch staatlich induziert ist. Das vierte ist die Dynamik von Zukunftsmärkten. Das hat zunächst mal mit den Märkten für diese innovativen Techniken zu tun, aber auch mit den Präferenzen, die die globale Mittelklasse hat und diese wächst sehr stark. Da ist der Umweltschutz eben anders verankert, als das bisher der Fall war. Der fünfte Faktor ist die Vermeidung von ökologischen Schadenskosten. Indirekt ist das natürlich auch ein Wachstumseffekt und ich denke wichtig sind, was hier auch angeführt wurde, die Beschäftigungseffekte. Ich finde diese Tabelle hier wirklich sehr wichtig, auch der Green Growth der OECD ist in dieser Hinsicht wirklich sehr lesenswert. Die umweltintensiven Industrien haben

einen geringen Beitrag zur Beschäftigung und die anderen, gerade die umweltfreundlichen, die Low-Carbon-Technologien haben einen hohen, relativ gesehen, relativ höheren Beitrag zur Beschäftigung, aber unabhängig davon haben wir natürlich noch den Vorteil davon, dass wir Investitionen lenken - von der Arbeitsproduktivität hin zur Ressourcenproduktivitätssteigerung. Das hat natürlich einen Innovations- oder einen Beschäftigungseffekt. Wir werden übrigens als Land, mit unserer ökologischen Steuerreform immer wieder als Erfolgsfall zitiert. Diese hat rechnerisch zwar eine viertel Million Beschäftigte gebracht und dazu kommt, das was wir gar nicht bedacht hatten, dass natürlich bei diesem Prozess Märkte entstehen, über Innovationen Märkte entstehen und dadurch Beschäftigung entstanden ist. Also ein gewaltiger Beschäftigungseffekt, der wirklich hervorzuheben ist. Jetzt kommt meine Frage an die OECD und die UNEP. Wir haben also hier Green Growth als Strategie und ich habe aus den Studien nicht die Botschaft entnommen, dass das eine Strategie ist, die auf großes Wachstum hinausläuft, sondern es sind eher Strategien, die den Rückgang von Wachstumsraten weltweit etwas verlangsamen. So dass wir also am Ende, und das muss auch so sein, nicht so wahnsinnig eindrucksvoll in der Wachstumsrate sein werden. Denn Green Growth bedeutet auch immer, dass zu dem boomenden Prozess bei den erneuerbaren Energien und solchen Technologien, natürlich in der Summe die Schrumpfung der umweltintensiven Industrien gehört. Deshalb meine Frage: Ist es nicht so, dass wir zwar vielleicht mit einem grünen Wirtschaftswunder rechnen können oder es vielleicht sogar schon in Deutschland und einigen Ländern, demnächst in China erleben, - aber wir werden kein grünes Wachstumswunder erleben. Das ist nicht zu erwarten. Wenn ich das abschließend sagen darf, weil ich das Privileg habe, die nächsten anderthalb Jahre, die chinesische Regierung in Umweltfragen zu beraten: Schädigt das unsere Industrie? Ich darf Ihnen mal den stellvertretenden chinesischen Umweltminister vor wenigen Wochen zitieren: „China wird sehr wahrscheinlich der weltweit größte Markt für energiesparende und umweltschonende Technik werden. Wir müssen die Kommandohöhe erobern und die weltweit beste Umwelttechnik haben, um den Wettkampf der globalen Industrien zu gewinnen.“ Das ist ein gewaltiger industriepolitischer Wettbewerb, dem wir uns auch stellen müssen, natürlich auch mit Umweltpolitik und mit entsprechender Klimapolitik.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Vielen Dank. Frau Arndt-Brauer. Bitte.

Abg. Ingrid Arndt-Brauer (SPD): Ich habe mehrere Fragen und zwar, Frau Weick hat von ökologischer Marktwirtschaft gesprochen. Wenn wir uns alle so verständigen könnten, dann wäre das schon so in der Marktwirtschaft: Knappe Ressourcen werden automatisch teurer. Wenn wir davon ausgehen, seltene Erden, Energie, ich weiß nicht was noch, vielleicht auch Umweltverbrauch, verteuert die Produktion. Dann wollen Sie darauf jetzt nochmal eine Steuer legen, wenn ich das richtig verstanden habe. Herr Falkenberg meinte, das würde den Industriestandort nicht großartig beeinträchtigen. Ich sehe das ein bisschen anders. Wir leben schon auch noch von der verarbeitenden Industrie und ich habe sehr viele metallverarbeitende Industrie bei mir im Wahlkreis. Wenn wir die ökologische Subventionierung reduzieren, was wir wahrscheinlich alle wollen, dann wird die Produktion automatisch teurer, Wenn Sie jetzt im Effekt die Unternehmen steuerlich auf der Seite belasten und andererseits die Arbeitnehmer entlasten, ist das natürlich lobenswert und für die Arbeitnehmer auch sehr erfreulich - aber das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Da ich im Finanzausschuss bin und weiß, dass man mit Steuern nur begrenzt steuern kann, muss man sich über die Wirkungsweise schon im Klaren sein. Sie verteuern die Produktion für die Unternehmen. Wenn diese sich anpassen können, dann bekommen Sie aber auch weniger Steuern rein. Wenn Sie sich nicht anpassen können, werden Sie abwandern. Das ist meine Prognose, denn bestimmte Produkte müssen produziert werden. Wenn wir weiter so leben wollen, wie wir es tun, also mit einer Automobilindustrie oder ähnlichen Dingen, heißt das, die Arbeitnehmer haben nur etwas davon, wenn die Industrie hier am Standort bleibt. Das muss das oberste Ziel sein. Die Industrie muss natürlich umweltfreundlicher produzieren, aber grundsätzlich wäre mir daran gelegen, dass wir Industrie behalten. Frau Groebner hatte eine Menge guter Ideen, auch wie man Verbraucherverhalten beeinflussen kann. Das ist sicherlich wichtig, nur wir scheitern im Moment schon an Produktkennzeichnungen wie einer Ampel. Ich weiß nicht, wie Sie da noch weitergehen wollen und die Industrie an so einer Stelle auch mitnehmen wollen? Sie fordern weiterhin Stabilität der Haushalte und gleichzeitig neue Investitionen. Das ist auch ein Widerspruch an sich. Wenn Sie schon die Steuer aufkommensneutral gemacht haben, dann müssen Sie die Investitionseinnahmen irgendwo hernehmen. Da frage ich mich, wie Sie neue Geldquellen erschließen wollen? Grundsätzlich ist es natürlich so, wenn wir uns darüber Gedanken machen, wie wollen wir zukünftig produzieren, müssen wir ein Interesse daran haben, dass wir unsere Umwelt erhalten. Das ist ganz klar. Ich finde, ein gutes Instrument sind CO₂-Zertifikate. Wenn man das ausweiten würde, - und da habe ich jetzt

von Ihnen gar nichts drüber gehört -, vielleicht auch vervollständigen würde durch andere Arten von Zertifikaten, könnte ich mir vorstellen, dass das wirkt. Es wirkt in meinen Augen auf alle Fälle besser als darauf zu hoffen, dass wir in der Landwirtschaft oder im Forstbereich mehr Arbeitsplätze kriegen werden. Das habe ich jetzt gar nicht verstanden, Frau Weick, wo die herkommen sollen, weil, wir produzieren nach wie vor flächenintensiv. Wenn wir nicht flächenintensiv produzieren, dann haben wir auch keine Not für mehr Arbeitsplätze. Das müssten Sie mir noch einmal erklären, wie das funktionieren soll. Grundsätzlich stehe ich der ganzen Sache ein bisschen skeptisch gegenüber, wenn wir weiter daran festhalten, dass wir unbedingt Wachstum haben wollen. Also müssen wir uns überlegen, ist es wirklich möglich, Wachstum über Steuern zu steuern, über Anreize zu forcieren oder hoffen wir, wie einer von Ihnen, ich weiß nicht mehr wer, auf irgendeinen Welthandel. Ich meine, wenn wir schon keine Eurorettung hinkriegen, können wir auch den Welthandel nicht wirklich steuern. Ich finde das Ganze ist besetzt mit vielen Schlagworten. Doch wenn es konkret werden soll, war es mir hier und heute noch nicht konkret genug: Wie halten wir wirklich die Unternehmen in unserem Land? Wie schaffen wir es, die Arbeitsplätze zu erhalten? Wie schaffen wir es, dass wir hier trotzdem in 20 Jahren noch saubere Luft atmen können?

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Herr Prof. Miegel macht die erste Runde komplett.

SV Prof. Dr. Meinhard Miegel: Ich habe zwei Fragen. Die Eingangsaussage von Ihnen Herr Falkenberg war, dass Sie gesagt haben, unsere natürlichen Ressourcen reichen nicht aus, um unsere bisherige Form des Wirtschaftens tragen zu können. Dann haben Sie Wasser, Luft, Boden und auch Finanzen angesprochen. Ein ganz entscheidender Faktor scheint mir zu sein, und zwar ein Faktor, der in aller Regel überhaupt nicht angesprochen wird in diesem Zusammenhang: Wie sieht es eigentlich mit Mensch und Gesellschaft aus? Wie belastbar sind in unseren Gesellschaften noch Individuen und das Kollektiv? Es kann uns durchaus passieren, dass wir Wasser, Luft und Boden noch ausreichend haben, dass uns aber Gesellschaft und Mensch wegnicken, weil sie nicht mehr bereit und/oder in der Lage sind, diese Form des Wirtschaftens weiter zu tragen. Es gibt in den Sozialwissenschaften eine Fülle von Indikatoren dafür, dass dies eine entscheidende Schwachstelle in unserem gesamten System ist. Aber wann immer ich Ausführungen zu diesem Thema höre, geht es um Wasser, Luft, Böden, fossile Energieträger

und, und, und, aber kein Mensch spricht über Mensch und Gesellschaft. Die Frage ist: Warum ist das so oder ist das ein reiner Zufall, dass das hier nicht angesprochen worden ist?

Beim zweiten Punkt knüpfe ich an das an, was Herr Kollege Jänicke eben gesagt hat: Wenn wir feststellen, es gibt diese und jene Probleme und wir dann ein normatives Maßnahmenbündel entwickeln wie die Probleme bewältigt werden können, dann stellt sich doch immer auch die Frage, so habe ich das jedenfalls in meinen Jahren in der Wirtschaft gelernt, was eigentlich ist, wenn dieses normative Maßnahmenbündel nicht wirken sollte. Wir haben hier als Obertitel Wechselwirkung von Wachstum und nachhaltigem Wirtschaften. Wenn wir also kein Wachstum bekommen sollten, aus was für Gründen auch immer, weil die adversen Faktoren zu groß und zu stark sind, und unser normatives Maßnahmenbündel nicht wirkt, können wir dann auch nicht nachhaltig wirtschaften? Mit anderen Worten. Gibt es bei den Vereinten Nationen, bei der OECD und insbesondere bei der Europäischen Kommission irgendjemanden, der in geordneter Weise darüber nachdenkt, dass das normative Maßnahmenbündel im Ergebnis nicht funktioniert?

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Ganz herzlichen Dank. Sehr geehrte Sachverständige, Sie haben jetzt die Aufgabe, diesen bunten Blumenstrauß an spannenden Fragen zu beantworten. Ich darf Sie ganz herzlich um möglichst präzise und kurze Antworten bitten, damit wir noch eine, möglicherweise sogar noch zwei Runden anschließen können. Wer mag beginnen? Herr Falkenberg?

Karl Falkenberg (Europäische Kommission): Gerne. Es ist natürlich immer wieder schwierig, ausführliche Fragen kurz zu beantworten und auch ein zehnminütiges Einführungsreferat kann natürlich nicht alle Detailfragen abgedeckt haben. Aber versuchen wir es mal mit den Fragen, wie sie gekommen sind. Herr Nüßlein, Lissabon-Beschlüsse und Lissabon-Strategie sind aus unserer Sicht kein durchschlagender Erfolg. Aber ich glaube, das wird auch keine absolute Neuigkeit sein. Das, was wir anders machen wollen, ist, dass wir hier wie auch in anderen Bereichen gelernt haben, dass es nicht reicht, sich ein großes hehres Ziel zu geben, wenn man keine konkreten Zwischenziele, keine konkreten Instrumente benennt. Was wir hier versuchen mit dieser Strategie, die sich dann auch in dem europäischen Semester wiederfindet, mit ganz konkreten Angaben für jeden einzelnen

Mitgliedsstaat, das ist das Umdeklिनieren von großen Strategien in jeweils präzise übereingekommene Zwischenziele mit den einzelnen Mitgliedsländern und da kommt auch die Subsidiarität hinein. Es geht nicht darum, dass man aus Brüsseler Sicht ein „One-fits-all-Konzept“ in ganz Europa anwendet, sondern es geht darum, dass wir uns ganz konkret mit den 27 Mitgliedsländern hinsetzen können und uns im Rahmen des europäischen Semesters Zwischenziele setzen, auf die wir dann jeweils hinarbeiten – unter voller parlamentarischer Beteiligung natürlich. Brauche ich dafür neue Kompetenzen in Brüssel? Ich brauche keine neuen Kompetenzen, keine aus dem, was wir im Rahmen dieser Mitteilung zu Ressourceneffizienz angedeutet haben. Ich fand es sehr interessant, dass das von den beiden Kollegen ebenfalls sehr deutlich gemacht worden ist. Natürlich wirken Steuern und es wirken nicht nur die Steuern, die ich ändere, Frau Arndt-Brauer, sondern es wirken auch die Steuern, die ich heute habe. Das heißt, das heute bestehende Steuersystem steuert auch, aber es steuert aus umweltpolitischer Sicht falsch. Deswegen ist es für uns nach wie vor ganz wichtig, dass wir ordnungspolitisch umdenken. Dass das problematisch wird, dass das kompliziert wird, wie ich das austariere, dass die nationalen Parlamente es letztlich hinkriegen, dass es nicht nur zu einer zusätzlichen Belastung kommt, all das sind Fragen, die wir weiter diskutieren müssen. Aber mit einem solchen Bericht, den die Kommission jetzt hoffentlich morgen annimmt und dann an den Ministerrat weiterleitet, müssen wir versuchen, eine neue Zielrichtung unter den 27 Mitgliedsländern aufzubauen. Dass diese auch darauf abzielen wird, dass industrielle Tätigkeit in Europa bestehen bleibt, steht für mich außer Zweifel und da ist die Frage, wie wir uns verzahnen oder wie wir uns abstimmen, eigentlich auch schon im Ansatz mit beantwortet. Die Kommission funktioniert so, dass keine einzige Generaldirektion eine Mitteilung fertigen kann, ohne dass sie zwischen allen Generaldirektionen abgestimmt ist. Dass, was Frau Viola Groebner vorgebracht hat über die Mitteilung zu „Sustainable Industry: Going for Growth and Ressource Efficiency“, ist im letzten Jahr von uns mitgetragen worden – so, wie die Generaldirektion Industrie, die morgen in der Kommission verhandelt oder besprochene Ressourceneffizienzstrategie mittragen wird. Es wird natürlich immer wieder unterschiedliche Nuancen in der Darstellung geben, aber meine Generaldirektion, mein Kommissar tragen die gesamte Mitteilung; genauso wie ich davon ausgehe, dass das für Vizepräsident Tajani der Fall sein wird und für die Generaldirektion Industrie. Dabei wird es immer wieder Abstimmungen geben. Es wird auch zu Kompromissen kommen müssen. Doch innerhalb der verschiedenen Dienste der Kommission

und unter den verschiedenen Kommissaren bekommen wir das eigentlich immer recht vernünftig hin.

Dann habe ich noch eine Frage zu den Steuern von Frau Arndt-Brauer, bei der ich etwas überrascht war, wie sehr Sie bezweifeln, ob Steuern wirken, obwohl Sie gleichzeitig sagen, dass CO₂-Zertifikate funktionieren. CO₂-Zertifikate sind eine Form der Besteuerung. Wir können uns jetzt darüber unterhalten, dass es eine leicht abgeänderte Art ist, aber im Endeffekt verteuert ein CO₂-Zertifikat die Produktion mit mehr CO₂-Emissionen und führt über diese Verteuerung dazu, dass über Innovationen weniger CO₂ emittiert wird. Das ist der Zweck. Das Instrument heißt nicht Steuer, ist aber auch ein Preismechanismus. Ich bin gerne bereit – und wir beschäftigen uns auch in Brüssel damit – wenn wir sagen, wir verteuern knappe Güter oder umweltunfreundliche Produktionsverfahren, dass wir dann darüber nachdenken, wie wir das machen. Ich glaube, wir müssen uns auch im internationalen Kontext sehr genau ansehen, ob man diesen Umbau fördert oder ob man ihn preislich belastet und dadurch die Unternehmen dazu bringt sich anzupassen. Wenn ich mir in Europa die CO₂-Emissionen anschau, dann haben wir über die Verteuerung den Weg gesucht, die Unternehmen davon zu überzeugen, weniger zu emittieren, innovativ zu werden, andere Produktionsverfahren zu benutzen. In vielen anderen unserer Wettbewerbsländer wird das steuerlich gefördert und das führt natürlich dazu, dass die Verzerrung im internationalen Wettbewerb besonders stark wird. Insofern besteht auch aus meiner umweltpolitischen Sicht die absolute Notwendigkeit, über diese Fragen weiter international zu sprechen – sowie im Rahmen von Rio + 20 auch mit Entwicklungs- und mit Schwellenländern über grünes Wachstum. Denn ich gehe davon aus, dass, wenn industrielle Produktion aus Europa ausgelagert wird, ich mehr Umweltschäden anrichte, als wenn ich sie in Europa behalte. Hier wird insgesamt umweltfreundlicher produziert als außerhalb und ich habe aus umweltpolitischen Erwägungen keinerlei Interesse, zu Verlagerungen beizutragen. Aber auch wir hier zu Hause müssen unsere Hausaufgaben machen und einsehen, dass wir in der Art und Weise, in der wir im Augenblick produzieren und konsumieren, effektiv nicht weiterkommen.

Da war noch die Frage nach dem Menschen und ob unsere normativen Ansätze oder unser normatives Bündel nicht wirkt. Ich bin mir in den Diskussionen, die ich in Brüssel miterlebt habe, eigentlich nicht bewusst geworden, dass wir vor einer Frage stehen, wo unser Instrumentarium wirklich zu kurz greift. Ich gehe nach wie vor davon aus, dass wir Wachstum

produzieren können. Dass wir grünes Wachstum produziert haben, ist auch von anderen Kollegen hier immer wieder angesprochen worden. Das heißt, ich sehe nicht, so wie Sie es dargestellt haben, dass der Mensch innerhalb dieses Maßnahmenbündels der schwache Faktor wird, der überfordert ist und diese Überforderung dann dazu führen würde, dass ein Umbau unserer Produktionsverhältnisse auf umweltfreundlichere Produktionsverhältnisse am Menschen scheitern könnte. Vielleicht habe ich Sie falsch verstanden, aber so ist Ihre Frage bei mir angekommen. Entschuldigung.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Herr Prof. Miegel.

SV Prof. Dr. Meinhard Miegel: Das waren zwei Komplexe. Ein Komplex war: Wir reden von fossilen Energieträgern und Boden, Luft, Wasser, aber wir erwähnen nicht den Menschen und die gesellschaftlichen Gefüge. Das war ein Komplex. Der andere Komplex war, denkt denn irgendjemand darüber nach, was geschieht, wenn die normativen Maßnahmenbündel, die Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen hier vorgestellt haben, nicht wirken sollten, wir mit anderen Worten das Wachstum nicht haben? Würde dann die Verbindung, die wir hergestellt haben zwischen Wachstum und nachhaltigem Wirtschaften, zerbrechen? Mit anderen Worten: Könnten wir dann nicht nachhaltig Wirtschaften, weil wir das Wachstum nicht haben?

Karl Falkenberg (Europäische Kommission): Ich sehe diesen Widerspruch nicht auf uns zukommen. Nachhaltiges Produzieren produziert im Augenblick Wachstum. Ich sehe derzeit noch nicht die Situation, wo nachhaltiges Wachstum kein Wachstum mehr herbeiführte. Für Wachstumsmöglichkeiten oder die Abwesenheit von Wachstum sehe ich gerade ganz andere Fragen als relevant an. Aber wir sind dabei, uns über die notwendigen Korrekturen zu unterhalten und letztlich denke ich, wird das ein fortlaufender Prozess sein. Ich glaube nicht, dass wir mit einer Mitteilung diesen Fragenkomplex für immer beantwortet haben. Ich denke, da wird es viel „Trial and Error“ geben. Wir werden nachbessern müssen. Wir werden adjustieren müssen, aber ich sehe keinen fundamentalen Widerspruch zwischen dem Anspruch, nachhaltig zu produzieren, zu konsumieren und trotzdem Wachstum herbeizuführen. Dieses Wachstum wird anders sein als das, was wir heute kennen. Es wird mehr dematerialisiertes Wachstum sein müssen. Wir werden nicht mit allen Ressourcen wachsen, denn mit den nicht erneuerbaren Ressourcen können wir nicht ständig wachsen. Aber wir haben jede Menge Chancen,

außerhalb dieser nicht erneuerbaren Ressourcen Wachstum für unsere Gesellschaften und weltweit herzustellen.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Vielen Dank. Frau Groebner.

Viola Groebner (Europäische Kommission): Ganz kurz nur zu einigen Stichworten. Es fiel das Wort Subsidiarität und ich weiß, das ist natürlich für jedes nationale Parlament im Hinblick auf die EU eine bedeutende Ausrichtung. Zur Subsidiarität kann ich Ihnen nur sagen, dass in jeder unserer Folgenabschätzungen, die seitens der einzelnen Generaldirektionen vor der Erarbeitung eines wichtigen Kommissionsvorschlags oder einer Rechtsvorschrift erstellt werden müssen, dass in jeder Folgenabschätzung ein Subsidiaritätskapitel enthalten ist, wo detailliert dargelegt werden soll und muss, wie es um die Subsidiarität unserer einzelnen Vorschläge steht. Ich bin stellvertretendes Mitglied in unserem Folgenabschätzungsausschuss und ich kann sagen, dass dies sehr streng eingehalten wird.

Noch kurz zu Lissabon: Wir haben versucht, mit der Europa-2020-Strategie nicht mehr nur die bilateralen Dinge zu regeln. Die Lissabon-Strategie war eine Geschichte zwischen Kommission plus jedes einzelnen Mitgliedsstaats. Hier haben wir jetzt 27 Mitgliedsstaaten, die sich auch gegenseitig in Peer Reviews und in Abschätzungen ihres Haushalts usw. ergänzen oder gegenseitig unterstützen. Es fielen Innovation und Wachstum als Begriffe. Innovationen sind natürlich unabdingbar. Auch in unserem Haushaltsvorschlag für die nächste Finanzperiode 2014 bis 2020 haben wir besonderen Wert darauf gelegt, dass im Kapitel nicht nur Forschung und Entwicklung als Begriffspaar steht, sondern auch Innovation – denn wir gehen davon aus, dass das beides nicht automatisch miteinander verzahnt ist. Innovationen werden oft im Betrieb geschaffen, ohne dass vorher Forscher daran teilgenommen haben. Innovationen müssen unbedingt gefördert werden.

Noch kurz eine Anmerkung: Wir hören hier immer Green Growth und die verschiedenen Green Strategies. Unsere Europa-2020-Strategie hieß anfangs im Untertitel „Green Growth, Smart Growth and Inclusive Growth“. Wir haben es mit unserem Kommissar Vizepräsident Tajani geschafft, dass dieses Green Growth in Sustainable Growth, nachhaltiges Wachstum, abgeändert wurde. Ich möchte darauf nochmal besonders hinweisen, denn, wie Sie wissen, umfasst die Nachhaltigkeitsstrategie drei Säulen: Wirtschaftswachstum, Schutz der Ökologie und Soziales. Von daher vermeiden wir,

unser Kommissar und auch wir in unserer Generaldirektion, häufig oder überhaupt das Wort Green Growth. Wir sprechen von Sustainable Growth.

Konjunkturprogramme: Ich weiß nicht, wo noch Geld vorhanden ist bei den einzelnen Mitgliedsstaaten. Deswegen haben wir jeden einzelnen Mitgliedsstaat analysiert. Wir haben gesagt, es gibt manchmal Allokationen, die auch falsch sind, – und das hat gerade auch Herr Falkenberg gesagt – also, schaut zu, wo ihr am besten Synergieeffekte erzielen könnt. Wir haben bei den einzelnen Mitgliedsstaaten Bottlenecks identifiziert und haben gesagt, es kostet auch nicht alles was. Zum Beispiel der Bürokratieabbau, der kostet im Prinzip nichts. Wenn er richtig umgesetzt wird, hilft er z. B. insbesondere den kleinen und mittleren Unternehmen sehr. Es gibt, wie gesagt, eine ganze Menge von Dingen. Dr. Stoiber arbeitet sehr intensiv in Brüssel am Bürokratieabbau. Und ich muss sagen, da ich selbst auch mal für seine hochrangige Gruppe zuständig war, dass er großartige Erfolge erzielt hat, denn er traut sich z. B. auch, zum Parlament zu gehen und zu sagen: Verdammt, warum verabschiedet ihr nicht diese oder jene Maßnahme, die einen erhebliches Einsparungspotenzial hat! Das würden sich Kommissare gegenüber dem Parlament in der Form vielleicht nicht trauen. Aber noch einmal zu den Konjunkturprogrammen: Sicherlich ist es diesmal anders als bei der damaligen ersten Finanzkrise. Jetzt ist es nicht erneut eine Bankenkrise, sondern eigentlich mehr eine Staatshaushaltskrise, die Auswirkungen hat. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir dieses Mal wieder sehr viel in Konjunkturprogramme rein geben können. Es gibt natürlich große Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten. Was wichtig ist, ist, dass die Industrie und die Unternehmer auch selbst dafür zuständig sind, dass sie vernünftige Strategien und ressourcenschonende Maßnahmen umsetzen. Das hat, glaube ich, jeder Industriebetrieb unterdessen auch erkannt, dass es im eigenen Interesse ist, Energie zu sparen und mehr Kreislaufwirtschaft zu haben. Das kann sich heute keiner mehr leisten, dass ein Unternehmen das vollkommen vernachlässigt. Sorry, ich war vielleicht ein bisschen lang.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Vielen Dank. Herr Dr. Hüfner.

Dr. Felix Hüfner (OECD): Zu den beiden Fragen von Dr. Nüßlein. Die erste Frage bezog sich auf mein Diagramm zum Zusammenhang von Emission und Wachstum. Sie haben völlig Recht, dass auch temporäre Faktoren eine Rolle spielen. Dass Deutschland eine absolute Abkopplung in den 90er Jahren aufweist, hat mit der Situation in der ostdeutschen Industrie zu tun, mit dem

Rückgang dort. Aber noch wichtiger ist, nur die inländische Produktion berücksichtigt diese Sichtweise. Wenn man jetzt die Importe mit hinzunimmt und einmal den Zusammenhang nimmt zwischen verfügbarem Einkommen und den Produkten, die wir kaufen, welche CO₂-Emissionen darin enthalten sind, dann ist die Abkopplung in der Tat geringer. Das liegt auch daran, dass viel aus China importiert wird, also aus Ländern mit großen Emissionen. Aber wichtig hierbei ist, auch dort findet eine relative Abkopplung statt. Zwar ist man noch nicht so weit, dass man bei Green Growth wäre, aber es findet eine relative Abkopplung statt.

Zur Frage der Umweltsteuern und der ökologischen Steuerreform: Es ist klar, dass Umweltsteuern Lenkungsfunction haben. Das heißt, wenn die Individuen darauf reagieren, gehen die Einnahmen zurück. Dementsprechend kommt man in Finanzierungsprobleme, wenn man woanders Steuern senkt. Ich würde dem zwei Punkte entgegenhalten. Zum einen führt die ökologische Steuerreform auch zu Arbeitsplätzen, zum Beschäftigungsaufbau und langfristig ebenso wieder zu zusätzlichen Steuereinnahmen, so dass der Gesamteffekt von vornherein nicht ganz so klar ist. Der zweite Punkt ist natürlich, dass man entgegenhalten kann, die Umweltsteuern kann man auch immer weiter erhöhen. Die skandinavischen Länder würden Ihnen entgegen, dass da noch sehr viel Spielraum ist, falls die Einnahmen aus Umweltsteuern zurückgehen, einfach höhere Steuersätze zu setzen oder eben auf weitere Sektoren auszuweiten.

Dann zur Frage von Frau Andreae über die Landwirtschaft. Hier muss ich offen zugeben, ich weiß nicht, warum das in den Statistiken nicht enthalten ist. Ich vermute, dass es hier Messprobleme gibt, aber ich kann Ihnen das gerne nachreichen, wenn ich mit meinen Kollegen gesprochen habe. Zum zweiten Punkt: steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung und welcher Nutzen daraus gezogen werden kann. Zum einen ist es schwierig, die Frage zu beantworten, weil nicht ganz klar ist, wie man denn Innovation misst. Innovation kann man als Patente messen. Aber Patente kann man nicht direkt vergleichen und manche sind wichtiger als andere. Was man sagen kann ist, dass in Deutschland generell die Anzahl der Patente, wenn man sie in Beziehung zur Bevölkerung setzt, relativ hoch ist. Sie ist mit einer der höchsten innerhalb der OECD. Allerdings holen andere Länder auf. Das heißt, wir verlieren dort relativ gesehen unseren Vorsprung. Das betrifft nicht nur grüne Patente, sondern Patente insgesamt. Wenn man sich dann anschaut, welche Politikmaßnahmen funktionieren, um die Anzahl der Patente zu erhöhen, dann zeigt sich empirisch, dass eine steuerliche Förderung

kombiniert mit der direkten Förderung die besten Ergebnisse erzielt. Bei der direkten Förderung müssen sie als Staat immer selektieren, in welchen Sektoren fördere ich, während die steuerliche Förderung eben offener ist und die Entscheidung auf Unternehmensebene behält. Typischerweise ist es so, dass radikalere Innovationen, also nicht Innovationen, die nur einen kleinen Fortschritt erzeugen, sondern die radikal neue Produkte hervorbringen, typischerweise in kleinen Unternehmen stattfinden. Diese kleinen Unternehmen profitieren eher von einer steuerlichen Förderung, weil der administrative Aufwand, sich für die direkte Förderung zu bewerben, für sie höher ist. Von daher ist meine Antwort, dass man die Qualität der Innovation nachweislich verbessert, wenn man beide Maßnahmen kombiniert und wir uns daher für eine Mischung aussprechen. Deutschland sticht heraus, da es nur eine direkte Förderung macht.

Dann ganz kurz zur Frage von Prof. Jänicke: Was ist der Nettoeffekt auf das Wachstum? Ich glaube, das ist schwierig zu beantworten, weil Sie nicht wissen, was die Kosten des Nichtstuns sind. Wenn wir uns weiter im „Business-as-usual-Szenario“ bewegen, welche Kosten hat das für das Wachstum? So lange wir diese Frage nicht beantworten, können wir eigentlich auch nicht sagen, welchen Nettoeffekt es hat, wenn wir grüne Politik betreiben. Von daher ist es richtig zu sagen, dass unsere Strategie, die Green-Growth-Strategie, kein Ergebnis in dem Sinne hat, dass man weiß, was im Endeffekt dabei herauskommt. Doch was wir genau sagen können, ist, dass mit diesen Politiken, die man einführt, der Rückgang des Wachstums geringer ausfallen wird. Man würde auf jeden Fall besser dastehen, als wenn man es nicht täte.

Das knüpft an die Frage von Prof. Miegel zum normativen Maßnahmenbündel an. Warum wissen wir, dass es wirkt? Hier kann ich nur auf die empirische Evidenz in den verschiedenen Themenbereichen, die ich angesprochen habe, nämlich Innovationen im Arbeitsmarkt, verweisen. Wir berufen uns einfach auf Ländervergleiche über die Zeit hinweg, die eben zeigen, welche Wirkungen das erzielt. Das ist natürlich keine Garantie, dass das auch in die Zukunft so wirken wird, aber ich glaube, das ist zum heutigen Zeitpunkt einfach das Beste, was wir sagen können.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Ganz herzlichen Dank. Frau Weick, Sie haben das Wort.

Vera Weick (UNEP): Vielleicht erst nochmal vorne weg: In unserer Arbeit steht natürlich die internationale Perspektive im Vordergrund und wir beschäftigen uns hier mit einer globalen Betrachtung. Ich habe Verständnis dafür, wenn Sie sich nicht überall direkt wiederfinden in der Debatte, die jetzt gerade in Deutschland oder in Europa stattfindet. Aber vielleicht sind die globalen Trends trotzdem auch relevant dafür, wie Deutschland sich in der Zukunft positioniert. Eventuell ist es ein wenig falsch ausgedrückt, wenn wir von einer Schwäche des Wirtschaftssystems sprechen. Wir kritisieren eigentlich nicht das marktwirtschaftliche Modell, sondern sagen, dass es eine Bevorzugung in der Vergangenheit von Finanzkapital, Humankapital und physischem Kapital gegeben hat und eine Vernachlässigung von Investitionen in natürliche Ressourcen. Wenn wir uns mit Krisen beschäftigen, beschäftigen wir uns jetzt nicht direkt mit Fragen wie der Schuldenkrise, sondern wirklich mit Umweltkrisen, die derzeit weltweit stattfinden. Da geht es ganz konkret um Nahrungsmittel- und Wasserverknappung und ähnliche Fragen. Wir sehen, dass die Art des Wirtschaftens scheinbar zu suboptimalen Ergebnissen führt und daher umgedacht werden muss.

Zu der anderen Frage von Herrn Nüßlein mit den Zwei-Prozent-Investitionen in die Weltwirtschaft: Also, diese zwei Prozent sind jetzt erst einmal ein theoretischer Wert. Wir gehen von zwei Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts aus, die gezielt investiert werden. Das Interessante an der Gegenüberstellung ist, zu erfahren, was der Unterschied ist, wenn sie einfach nach historischen Trends investiert werden oder wenn sie gezielt in bestimmte Bereiche investiert werden, worauf die Analyse basiert. Die zwei Prozent sind damals 2008 als der Bericht begonnen wurde aus der Idee der Konjunkturpakete entstanden, wo zusätzlich investiert wurde und daraus schließlich ein Prozentteil der zusätzlichen Investitionen in bestimmte Umweltsektoren investiert werden kann. Dazu gibt es auch empirische Inspirationen. In China und Korea waren diese zwei Prozent oder mehr an zusätzlichen Investitionen in Umweltsektoren durchaus realistisch. Wie diese Gelder jetzt mobilisiert werden, darauf geht der Report nicht weiter ein, weil er global betrachtet und es national natürlich sehr unterschiedlich ist, welche Möglichkeiten Regierungen haben, Gelder umzulenken oder zusätzlich zu investieren. Sicher klingt es im europäischen Zusammenhang momentan absurd, zusätzliche Gelder zu investieren, aber in anderen Ländern wie China sind Gelder vorhanden, die permanent und massiv in Umweltsektoren investiert werden. Dann zur Frage von Herrn Jänicke, ob es eigentlich eher um einen Rückgang der Wachstumsraten weltweit geht? Es ist für uns auch extrem schwierig,

dazu eine klare Aussage zu machen, weil wir eine große Brandbreite an Ländern in unserem Mandat vertreten. Es ist für Entwicklungsländer, insbesondere „Least Developed Countries“, überhaupt nicht möglich, davon zu sprechen, dass es kein Wachstum geben wird. Wachstum ist in diesem Zusammenhang notwendig, weil wir Länder mit einer ganz großen Anzahl Armer haben, die überhaupt erst einmal Güter und Dienstleistungen brauchen – und das ist Wachstum. Das heißt, wir können keine grundsätzliche Aussage treffen und müssen differenziert betrachten.

Dann noch einmal zu Frau Arndt-Brauer: Forstwirtschaft und Landwirtschaft sind sicherlich nicht die Bereiche, wo die Zukunft Deutschlands liegt. Aber es sind Bereiche, die global sehr relevant sind. Es gibt Länder, wo Investitionen in die Forst- und Landwirtschaft deutlich zur Arbeitsplatzsteigerung führen werden; wir gucken dann auf Länder in Afrika, wo derzeit Subsistenzwirtschaft das vorherrschende Modell ist, und fragen davon ausgehend, wie diese Bereiche weiterentwickelt werden können. Es ist also eine globale Betrachtung, wo all diese Ergebnisse einfließen und es ist gedacht als Anregung, damit Regierungen darüber nachdenken, was eigentlich in ihrem jeweiligen nationalen Kontext die Schwerpunkte sein müssen. Das ist dann natürlich sehr verschieden. Vielen Dank.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Ganz herzlichen Dank. Frau Weick, Sie haben das Wort.

Vera Weick (UNEP): In unserer Arbeit steht natürlich die internationale Perspektive im Vordergrund, wir beschäftigen uns hier mit einer globalen Betrachtung. Ich habe Verständnis dafür, wenn Sie sich nicht direkt überall wiederfinden, mit der Debatte die jetzt gerade in Deutschland oder in Europa stattfindet. Es könnte jedoch sein, dass die globalen Trends trotzdem auch dafür relevant sind, wie Deutschland sich in der Zukunft positioniert. Vielleicht ist es etwas falsch ausgedrückt, wenn wir jetzt sagen: „Schwäche des Wirtschaftssystems“. Wir kritisieren eigentlich nicht das marktwirtschaftliche Modell, sondern wir sagen, dass es in der Vergangenheit eine Bevorzugung von Finanzkapital, Humankapital, und physischem Kapital und zudem eine Vernachlässigung von Investitionen natürlicher Ressourcen gegeben hat. Wenn wir uns mit Krisen beschäftigen, beschäftigen wir uns jetzt nicht direkt mit Fragen wie der der Schuldenkrise, sondern wirklich mit Umweltkrisen, die derzeit weltweit stattfinden. Hierbei geht es ganz konkret um Nahrungsmittelverknappung, Wasserverknappung etc. Daran ist zu

sehen, dass die Art des Wirtschaftens scheinbar zu suboptimalen Ergebnissen führt und umgedacht werden muss. Zu der anderen Frage von Herrn Nüßlein im Hinblick auf die zwei Prozent Investitionen in die Weltwirtschaft: Die zwei Prozent sind zunächst einmal ein theoretischer Wert. Wir gehen von zwei Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts aus, die gezielt investiert werden. Das Interessante an der Gegenüberstellung ist: Was ist der Unterschied, wenn sie einfach nach historischen Trends investiert werden oder wenn sie gezielt in bestimmte Bereiche investiert werden? - darauf basiert die Analyse. Die zwei Prozent sind damals entstanden, als der Bericht 2008, aus der Idee der Konjunkturpakete heraus, begonnen wurde. Es wurde zusätzlich investiert und ein Prozentteil der zusätzlichen Investition konnte in bestimmte Umweltsektoren investiert werden. Hier gibt es auch empirische Inspirationen. In China und Korea waren diese zwei Prozent oder mehr durchaus realistisch an zusätzlichen Investitionen in Umweltsektoren. Wie diese Gelder jetzt mobilisiert werden, darauf geht der Report nicht weiter ein, weil es eben eine globale Betrachtung ist. National ist es natürlich komplett unterschiedlich, welche Möglichkeiten Regierungen haben, Gelder umzulenken oder zusätzliche Gelder zu investieren. Zusätzliche Gelder investieren klingt im europäischen Zusammenhang im Moment natürlich absurd, aber in anderen Ländern wie China ist es durchaus realistisch. Da sind Gelder vorhanden, die permanent massiv in Umweltsektoren investiert werden. Dann zur Frage von Herrn Jänicke in Bezug auf das Wachstum: Ob es eher ein Rückgang der Wachstumsraten weltweit ist. Das ist für uns an dieser Stelle extrem schwierig, eine klare Aussage zu treffen, da wir in unserem Mandat einfach eine ganz große Bandbreite an Ländern vertreten. Das ist für Entwicklungsländer, insbesondere „Least Developed Countries“ betrachtet, überhaupt nicht möglich, davon zu sprechen, dass es kein Wachstum geben wird. Wachstum ist in diesem Zusammenhang notwendig. Wir haben Länder mit ganz großen Zahlen an Armen, die überhaupt erst einmal Güter und Dienstleistungen brauchen - das ist dann Wachstum. D. h., es ist schwierig und es ist eine sehr differenzierte Betrachtung. Wir können jetzt keine grundsätzliche Aussage dazu machen. Noch mal zu Frau Arndt-Brauer: Volkswirtschaft und Landwirtschaft sind sicherlich nicht die Bereiche, wo die Zukunft von Deutschland liegt. Aber global sind es Bereiche, die sehr relevant sind. Es gibt Länder, wo Investitionen in die Forstwirtschaft eben ganz deutlich zu Arbeitsplätzen führen werden und auch Investitionen in die Landwirtschaft, wo es deutlich zu Arbeitsplatzsteigerungen führen wird. Aber wir schauen hier wirklich auch auf Länder in Afrika, wo Subsistenzwirtschaft im Moment ein vorherrschendes Modell ist, und können sehen,

wie können diese Bereiche weiterentwickelt werden. Es ist – wie gesagt – eine globale Betrachtung, bei der all diese Ergebnisse einfließen. Es ist als Anregung dafür gedacht, dass Regierungen darüber nachdenken, wo im nationalen Kontext eigentlich die Schwerpunkte sein müssen. Das ist dann wieder sehr verschieden. Vielen Dank.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Vielen Dank, Frau Weick. Wir sind jetzt fast an der 15.00 Uhr-Marke. Ich würde Ihnen trotzdem vorschlagen, dass wir noch ein wenig fortfahren. Vorausgesetzt, dass Sie einverstanden sind und uns die Sachverständigen nicht wegrennen - sie also noch ein wenig Zeit mitgebracht haben? Das scheint der Fall zu sein. Wir haben jetzt noch zwölf Personen auf der Liste. Wir bleiben bei der Fünfferrunde, und ich würde Sie ganz herzlich bitten, möglichst präzise und kurz - so kurz wie möglich - zu sein und Ihre Fragen trotzdem loszuwerden, damit wir möglicherweise nicht nur fünf, sondern sogar noch ein paar mehr Fragesteller, unterbringen können. Die nächsten Fünf sind Frau Lötzer, Herr Prof. Paqué, Herr Dr. Reuter, Frau Prof. Jochimsen und Herr Müller. Frau Lötzer.

Abg. Ulla Lötzer (DIE LINKE.): Vielen Dank natürlich auch von mir für Ihre Beiträge. Ich versuche, mich jetzt auf einige wenige Fragen zu konzentrieren. Herr Falkenberg, Sie haben von ordnungspolitischen Maßnahmen gesprochen, haben einige angedeutet. Mich interessiert in dem Zusammenhang noch einmal: Gibt es auch auf europäischer Ebene eine Verständigung über verbindliche Zielsetzungen im Rahmen Ressourceneffizienz, und zum Beispiel verbindliche Vorgaben? In dem Zusammenhang würde mich vor allem auch die Ökodesignrichtlinie interessieren, die in Richtung Energieeffizienz durchaus erfolgreich war. Wird es dafür zum Beispiel auch eine Ausweitung im Bereich Ressourceneffizienz geben? So viel ich weiß, ist da eine Studie im Gange. Daran wäre ich interessiert. Das gleiche gilt auch für die Abfallwirtschaft. Hier erleben wir ja immer noch, dass ein großer Teil des Schrotts entweder exportiert wird oder aber hier auf den Mülldeponien landet. Inwieweit wird es verbindliche Maßnahmen in Richtung Recycling, Abfallentsorgung geben? Zweitens wäre noch die folgende Frage interessant: Wir haben jetzt schon verschiedentlich gehört, dass die Investitionsrate in den Industrieländern sehr gering ist. Das hat durchaus auch etwas mit den Finanzmärkten und den Finanzmarktakteuren zu tun, die in den Unternehmen doch stark auf „*Shareholder Value*“ und den *kurzfristigen Gewinn gesetzt haben*. *Wie wichtig wäre denn eine Regulierung der Finanzmärkte? Diese wieder stärker in den Dienst der Wirtschaft zu stellen,*

um einen solchen Umbau in Richtung Nachhaltigkeit in der Industrie in Gang zu bringen? Frau Groebner, was ich bei Ihnen jetzt nicht gehört habe, sind Maßnahmen im Rahmen der industriepolitischen Offensive zum Strukturwandel der Industrie selber - sehen Sie da überhaupt keine Notwendigkeiten? Wenn in Richtung Energieeffizienz und Ressourceneffizienz vorangeschritten werden soll, dass es da auch einen Strukturwandel geben muss? Dass dieser vielleicht auch mit einem Dialog der Akteure begleitet sein muss, wie dieser gestaltet werden könnte? Dazu hätte ich von Ihnen gerne etwas gehört. Herr Hüfner, folgende Frage: Sie haben großen Wert auf Steuern gelegt. Wie ist das mit der Frage der Preisbestimmung durch Spekulation? Die UNCTAD hat gerade dazu einen großen Bericht vorgelegt. Wie wichtig wären Maßnahmen gegen Spekulationen? Und Frau Weick: Rio plus 20: Es gibt von vielen, gerade Nicht-Regierungsorganisationen, die Bedenken, dass die Armutsbekämpfung doch sehr stark aus dem Fokus rückt. Wie sehen Sie das und wie sehen Sie Ihr Ziel? Wie wollen Sie das mit der Armutsbekämpfung im internationalen Maßstab, mit den Zielen und der Einhaltung verbinden?

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Herr Prof. Paqué.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué: Ich habe drei Fragen, alle drei an Dr. Hüfner. Sie betreffen drei Grafiken bzw. die Interpretation dieser Grafiken durch die OECD. Punkt eins betrifft die staatliche Unterstützung für private Forschungs- und Entwicklungs-Ausgaben: Hier steht Deutschland ja relativ niedrig neben einem Land wie Finnland. Bei beiden Ländern weiß ich, dass sie, was die Forschungs- und Entwicklungsausgaben an der Wertschöpfung insgesamt betrifft, Spitzenländer in Europa sind. Meine Frage: Würde die OECD aufgrund einer solchen relativ niedrigen staatlichen Unterstützung den Schluss ziehen, dass Deutschland noch mehr in die Subventionierung der Forschung gehen sollte? Obwohl die Unternehmen von selbst bereits einen, im internationalen Vergleich, außerordentlich hohen Anteil von Forschungs- und Entwicklungsausgaben haben? Zweite Frage, die diesen Zusammenhang betrifft: Wurde das berechnet? Es ist ja so, dass in Deutschland auch die EEG-Mittel in die Forschung gehen oder zumindest zum Teil in die Forschung gehen. Ist das hier mit berechnet oder sind hier nur direkte Forschungssubventionen gemeint? Wenn es nur die direkten sind, ist das natürlich nur sehr begrenzt aussagefähig. Punkt zwei betrifft die sektorale Struktur. Sie haben die Sektoren ja nach dem Anteil einer Gesamtbeschäftigung und einem Anteil an den CO₂-Emissionen geordnet. Auch da meine Frage: Welche Schlussfolgerungen würde die OECD aus dieser

Ordnung ziehen? Es ist mir schwer vorstellbar, dass man aufgrund einer solchen Ordnung sagt, wir versuchen einen systematischen Strukturwandel in Richtung der Sektoren, die relativ geringe CO₂-Emissionen haben. Wenn ich lese, was da steht, das es die öffentliche Verwaltung ist - das ist der Groß- und Einzelhandel, Möbel und Schmuck, das sind Kreditinstitute und Versicherungen. Also, mein Bild war eigentlich das, es geht ein bisschen in die Richtung, was Frau Arndt-Brauer gesagt hatte, dass wir vielleicht doch noch nicht auf eine leistungsfähige Industrie verzichten können. Dass wir eigentlich darauf hinwirken sollten, dass die Industrie, die ja der Inputlieferant für viele andere Bereiche ist, eben energieeffizienter wird und weniger Emissionen hat. Aber nicht, dass diese sich ins Ausland verlagert und dann das Phänomen des „Carbon Leakage“ nur noch verstärkt wird. Dritter Punkt: Was die Einnahmen aus Umweltsteuern betrifft, da steht Deutschland mitten drin im Pulk der Länder. Es stellt sich für mich zunächst die Frage, ob hier, wie ich annehme, nur die direkten steuerlichen Einnahmen berücksichtigt sind? Es gibt in Deutschland natürlich durch die Vielzahl von Regulierungen viele weitere Anpassungskosten, die Deutschland hier wahrscheinlich erheblich weiter nach oben bringen würden. Und zum zweiten eine grundsätzliche Frage aus volkswirtschaftlicher Sicht: Wenn ich die Lenkungswirkung einer Steuer betrachte, dann macht es eigentlich nicht allzu viel Sinn, auf die absoluten Einnahmen, die ich aus der Steuer habe, zu schauen. Sondern die Wirkung der Steuer bemisst sich danach, wie stark sie die Lenkung erzeugt. Wenn ich eine Tabaksteuer habe, die das Rauchen auf Null senkt, dann ist die Einnahme aus dieser Steuer anschließend auf Null, und die Steuer ist ein grandioser Erfolg. Aber das zeigt sich dann natürlich nicht in der Statistik. Also, für wie aussagekräftig betrachtet die OECD diese Statistiken?

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Vielen Dank. Herr Dr. Reuter.

SV PD Dr. Norbert Reuter: Ich möchte mich auf die beiden Vorträge von der EU-Kommission beziehen. Solange ich Herrn Falkenberg zugehört habe, konnte ich sehr zustimmen. Die Ausführungen von Frau Groebner, die das ein bisschen detaillierter betrachtet hat, was erfolgen sollte, fand ich dann doch recht problematisch. Erst einmal hat mich verwundert, dass hier nur die Industriepolitik eine Rolle spielt. Natürlich, wir sind ein Industrieland, Deutschland soll immer ein Industrieland bleiben. Aber müssen wir nicht auch die Dienstleistungen, die Dienstleistungspolitik, zumindest mit in den Blick nehmen? Zumal die meisten schon im Dienstleistungsbereich

beschäftigt sind. Meines Erachtens darf das nicht ganz aus dem Fokus fallen. Ich glaube, bei Ihnen ist einmal der Begriff ‚Dienstleistung‘ gefallen. Das scheint mir in diesem Zusammenhang doch etwas wenig zu sein, zumal Dienstleistungen eben gerade mit Blick auf die Umwelt die relativ geringsten Belastungen darstellen. Zudem hat mich etwas irritiert, dass das konkrete Programm sehr stark an die Lissabon-Strategie erinnert, bei der es doch wiederum um Kostensenkung und um Wettbewerbsfähigkeit, die nicht belastet werden darf, geht, da für die Industrie keine Kosten entstehen dürfen. Ich denke, da muss man noch etwas differenzieren. Und Deutschland ist nun mal das Land, welches das wettbewerbsfähigste in der EU ist, welches erhebliche Exportüberschüsse, Leistungsbilanzüberschüsse hat oder wo der Unternehmenssektor, in der Vergangenheit enorme Gewinne gebildet hat. Der Unternehmenssektor als Ganzes hat in den letzten fünf Jahren Überschüsse im dreistelligen Milliardenbetrag erzielt, aber gerade da, wo er nicht in seinen Sektor investiert hat, sondern auf die Finanzmärkte gegangen ist. Können wir dann nicht einfach davon ausgehen, dass wir diesem Industriesektor in Zukunft auch etwas mehr zumuten? Gerade mit Blick eben auf die Umweltentwicklung. Dass wir sagen, da kann Deutschland Vorreiter sein. Da ist ein so großer Spielraum, dass wir da bei weitem nicht an die Grenzen der Belastungsfähigkeit der deutschen Industrie kommen. Sogar ein solcher Umbau mit einer etwas umweltschonenderen Produktion, die möglicherweise auch etwas kostenintensiver ist. Dass die aber so dazu beiträgt, die internationalen Ungleichgewichte in der EU abzubauen, so dass wir da doch etwas energischer herangehen könnten. Dass man nicht sofort von vornherein immer den Blick haben muss, dass man keinesfalls die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt. Ich glaube, dann kommt man nämlich gerade diesbezüglich gar nicht voran. Wenn Deutschland nicht vorangeht, wer denn dann? Da würde ich mir ein paar mutigere Schritte wünschen. Danke.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Vielen Dank. Frau Prof. Jochimsen.

SV Prof. Dr. Beate Jochimsen: Ich möchte an die erste Frage anknüpfen, die Frau Andreae gestellt hat, da ich den Eindruck habe, dass Sie sie noch nicht ganz beantwortet haben. Lassen Sie mich das zuspitzen: Das war die Verzahnung zwischen Herrn Falkenberg und Frau Groebner. Ich kann das vielleicht auch an einem Beispiel zuspitzen. Herr Falkenberg hat am Ende seiner Ausführungen gesagt, dass die Maßnahmen, die von staatlicher Seite ergriffen werden können, dazu führen sollten, dass Arbeit sich, in Relation zu den Faktoren, die dann umweltintensiver sind und mehr belastet werden

sollten, verbilligt. Und Frau Groebner hat gesagt, die Industrie in Europa kann hauptsächlich überleben, wenn es gut bezahlte Arbeitskräfte gibt. Wie bringt die EU das zusammen? Das ist die erste Frage! Die zweite Frage richtet sich an Frau Weick: Mir ist noch nicht ganz klar geworden, ob und wenn ja inwiefern die UNEP auch Vorschläge macht zur Umsetzung oder zu den Mitteln, die zu dem gewünschten Erfolg führen können. Ihre Ausführungen bezogen sich ja vor allem auf die Frage: Was passiert, wenn zwei Prozent des BIP anders als jetzt investiert werden würden? Aber gibt es ein Konzept? Oder müssen sich die Nationalstaaten damit komplett selbst auseinandersetzen, wie sie jetzt dazu kommen, die zwei Prozent des BIP komplett umzulenken und – so wie Sie es gerade gesagt haben – eine Umverteilung von Kapital herbeizuführen?

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Wunderbar. Herr Müller, bitte schön.

SV Michael Müller: Die Ausgangsposition ist, dass wir es mit einer Transformation zu tun haben. Insofern finde ich alles schön und gut, obwohl es viele Szenarien gibt, die weit über das hinausgehen, was Sie hier gesagt haben und vorgestellt haben. Aber das ist ja – glaube ich – nicht die eigentliche Frage. Die eigentliche Frage ist, wie ich die Transformation hinbekomme. Denn wir wissen eigentlich seit 20, 30 Jahren über die Fakten, zumindest in einem wachsenden Umfang, Bescheid, und auch wo wir in vielen Bereichen hin wollen. Die entscheidende Frage ist deshalb, wie sieht eine Transformationsstrategie aus? Da will ich schon anmerken, dass Sie beispielsweise bei dem UNEP-Szenario sogar hinter den notwendigen Zielen zurückbleiben. Es gibt viel radikalere Szenarien als das, was Sie vorgestellt haben. Trotzdem passiert in der Realität kaum etwas. Sie wissen, wir haben trotz Kyoto fast 30 Prozent CO₂-Zuwachs. Sie wissen, dass zwar alle Länder etwas tun, aber das Alte nicht lassen. Es gibt immer eine Sowohl-Als-auch-Strategie, aber keine Entweder-Oder-Strategie. Es geht aber um eine Entweder-Oder-Strategie. Deshalb wundert mich, dass Sie in Ihren Szenarien überhaupt nichts zu klaren Caps sagen, zu kulturellem Wandel, zu der Frage, wie Gerechtigkeitsstrukturen geschaffen werden können. Und ich befürchte, ohne solche Transformationsstrategien werden Sie diese Ziele im luftleeren Raum lassen. Zweite Bemerkung zu Ihnen, Herr Falkenberg, denn bei Ihnen muss man auch noch mal nachfragen. Sie sprechen hier – völlig zu Recht – von einer Kreislaufwirtschaft. Ich will nur noch mal historisch sagen: In Deutschland ist die Kreislaufwirtschaft als Idee nach den großen Reihenunfällen Mitte der 80er Jahre entstanden. 1989 haben wir das erste

Kreislaufwirtschaftsgesetz in Deutschland gehabt. Es ist zwar auf einen grünen Punkt verkümmert, aber immerhin - die Idee war da. Wie kann es sein, dass rund 25 Jahre später kaum etwas passiert ist? Wie erklären Sie sich das? Das mit der Kreislaufwirtschaft ist damals überall diskutiert worden. Wir haben in der Bundesrepublik in vielen Sektoren Szenarien durchgerechnet, wie sie aussehen kann. Wir haben sie in vielen anderen europäischen Ländern, und trotzdem passiert relativ wenig. Woran, glauben Sie, liegt das? Eine dritte Frage, Herr Hüfner, die von strategischer Bedeutung ist: Die relative Entkopplung, da kann man sich schnell einigen. Aber im Hinblick auf die Frage der absoluten Senkung, die ja der eigentliche Kern ist. Wenn man so etwas hat wie den heutigen ökologischen Fußabdruck und was wir da alles nennen können, dann, finde ich, müssten Sie Vergleiche aufstellen, die sauberer sind. Sie führen bei der absoluten Senkung Länder auf, die aus meiner Sicht im Vergleich so nicht funktionieren. Sie nehmen beispielsweise *Großbritannien* - *Großbritannien* hat eine massive „Deindustrialisierungsstrategie“ vollzogen: Da kann ich keinen Vergleich zwischen den Jahren - von mir aus - 1990 und 2010 machen. Sie nehmen die osteuropäischen Transformationsländer, dort hat ein Zusammenbruch stattgefunden, aber keine Entkopplungsstrategie. Sie nehmen Schweden. Schweden hat eine massive Verlagerung energieintensiver Betriebe vorgenommen, z. B. Aluminium und stark auch Papier. Das müssen Sie auch sagen. Da können wir nicht einfach ein historisches Datum mit einem neuen vergleichen. Da muss man die Ausgangsbedingungen klären. Das finde ich, gerade weil die Diskussion so wichtig ist, nicht sauber.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Vielen Dank. Dann würde ich vorschlagen, dass wir, in geübter Reihenfolge, in die Antwortrunde einsteigen. Herr Falkenberg, bitte schön.

Karl Friedrich Falkenberg (Europäische Kommission): Zu den ersten Fragen von Frau Lötzer, ob wir verbindliche Zielsetzungen damit verfolgen. Ich kann die Frage jetzt noch nicht voll beantworten, weil die Kommission morgen über die Mitteilung berät. In unserem Ansatz sollte diese Mitteilung durchaus konkrete Zielsetzungen beinhalten, die dann mit den 27 Ministern, mit den 27 Mitgliedsländern diskutiert werden sollten. Aber für uns ist es wichtig, dass wir in dieser Strategie nicht nur 2050 ansetzen, sondern dass wir für 2020 Zwischenziele in verschiedenen Sektoren benennen und sie auch messbar machen. Nur dann können wir sie letztlich in das europäische Semester einführen und dann auch wirklich schrittweise aufdeklinieren, was

sie für die einzelnen Mitgliedsländer bedeuten und wie sie umgesetzt werden können. Zusätzlich arbeiten wir natürlich an speziellen Sektoren. Sie haben die Ökodesignrichtlinie und die Abfallwirtschaft angesprochen – dies läuft auch auf die Frage von Herrn Müller mit der Kreislaufwirtschaft zurück. Wir formulieren im Augenblick ganz konkret Ziele für das Einsammeln von elektrischem- und Elektronikmüll. Hier wird es ganz spezielle Zielsetzungen geben, wie viel Prozent der in den Markt gebrachten neuen Elektronikgeräte dann der Wiederverarbeitung zugeführt werden sollte. Wir sind in zweiter Lesung mit dem Europäischen Parlament und dem Ministerrat. Ich denke, dass wir bis Ende diesen Jahres dazu Ziele hinbekommen, die die Kreislaufwirtschaft stärken werden. Ich finde, Sie haben es vielleicht etwas zu kritisch dargestellt. Ich denke, dass wir, wenn ich das auf europäischem Niveau ansehe, Mitgliedsländer haben, bei denen geht wirklich noch 90 Prozent des anfallenden Abfalls in die Deponie. Und dann habe ich auf der anderen Seite Mitgliedsländer, da geht noch eine einstellige Prozentzahl in die Deponie. Deutschland gehört zu denen im einstelligen Bereich. Dazwischen müssen wir weiter arbeiten. Wir müssen genauere Zielsetzungen festlegen, müssen auch die Hierarchie festlegen, dass die Wiederverwendung wichtiger in stofflicher als in energetischer Form ist. Und hier habe ich auch noch ganz konkreten Nachbesserungsbedarf mit der neuen Fassung des Kreislaufgesetzes in Deutschland. Wir haben europaweit eine fünfstufige Prioritätenliste aufgestellt, die im deutschen Gesetzentwurf auf eine dreistufige zusammengeschrieben worden ist. Dabei geht natürlich Präzision verloren. Über diese Fragen werden wir uns noch weiter unterhalten müssen. Dann die Frage über die Wettbewerbsfähigkeit von Herrn Reuter: Ich glaube, wenn in meiner Darstellung nicht deutlich geworden ist, dass die Anpassung, die wir für notwendig halten, auch im Wettbewerb, im internationalen Wettbewerb, stattfinden muss, dann kann das nur an den zehn Minuten liegen, die mir am Anfang zur Verfügung gestanden haben. Sicher ist es auch aus umweltpolitischer Sicht notwendig, dass die Anpassungsmaßnahmen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer europäischen Industrie auch der deutschen Industrie Rechnung tragen. Ich denke, dass es hier Spielräume gibt und Europa schon in vielen Bereichen Vorreiter ist und auch weitergehen kann. Aber ich denke auch aus umweltpolitischer Sicht, dass es Grenzen gibt, über die ich nur in einem internationalen Konsens hinweggehen kann. Und ich bekomme die CO₂-Emission in einem multilateralen Abkommen nur in dem Bereich, der aus der Wissenschaft als notwendig erachtet wird, um die zwei Grad Celsius nicht zu übersteigen. Wenn wir versuchen, das autonom hinzubekommen, dann werden wir uns damit

überfordern. Da sehe ich weniger Probleme zwischen unseren beiden Generaldirektionen, als Sie das zu sehen scheinen. Frau Jochimsen, den ganz konkreten Widerspruch zwischen gut bezahlter Arbeit und Reduktion des Faktors Arbeit kann ich einfach auf Lohnnebenkosten verkürzen. Ich weiß, dass auch hier ausgesprochen heftig über Lohnnebenkosten nachgedacht worden ist. Dass, wenn man in der Wirtschaft versucht umzusteuern, wenn wir mit einer grünen Politik oder mit einer nachhaltigen Politik versuchen wollen, Umweltgedanken und soziale Gedanken zu verbinden, dieses Umsteuern notwendig ist. Dann müssen wir sehen, dass wir die verknappenden Faktoren eher verteuern und nicht den Arbeitsfaktor, den wir eigentlich unterstützen wollen. Ich denke, da wird es zwischen Lohnnebenkosten und den Kosten, die wir für nicht nachwachsende Ressourcen ansetzen sollten, eine Umschichtung geben. Das war es aus meiner Sicht.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Ganz herzlichen Dank. Dann machen wir direkt weiter mit Frau Groebner. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Viola Groebner (Europäische Kommission): Vielen Dank. Zur Ökodesignrichtlinie, für die Vizepräsident Tajani und Herr Oettinger, zusammen mit Herrn Potočník, zuständig sind: Die Ökodesignrichtlinie steht nächstes Jahr für eine Revision an. Den Ergebnissen dieses Reviews entsprechend, werden wir sehen, ob wir den Anwendungsbereich der Ökodesignrichtlinie ausweiten müssen oder nicht. Aber es ist noch zu früh zu sagen, ob wir z. B. in Zukunft, beispielsweise Duschköpfe oder andere Produkte in den Bereich dieser Ökodesignrichtlinie hineinziehen. In Bezug auf die Regulierung der Finanzmärkte: Ja, das ist ein ganz bedeutendes und wichtiges Thema. Wie Sie wissen, hat die Kommission schon eine ganze Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht, um die Finanzmärkte besser überwachen und kontrollieren zu können - um bestimmte Produkte einer besseren Überwachung zu unterstellen. Ich glaube, da muss noch eine ganze Reihe passieren. Strukturwandel – ja! Natürlich ist das auch in unserer industriepolitischen Mitteilung ein wichtiger Faktor. Hier sage ich auch, meine zehn Minuten waren wahrscheinlich auch nicht ausreichend, um wirklich alle Facetten, die dort in der Mitteilung beleuchtet werden, darstellen zu können. Wir sind darüber erstaunt gewesen, dass bisher nach der Krise nicht schon größere Umstrukturierungen geschehen sind. Aber es ging ja gerade in Deutschland. Deutschland kam gerade im letzten Jahr ganz gut mit seiner verarbeitenden Industrie aus der Talsohle heraus, und es gab erstaunlicherweise, überall in der Automobilindustrie positive Ergebnisse. Was wir auf jeden Fall, als

Kommission insgesamt, fördern wollen, ist ein verbesserter Dialog zwischen den Sozialpartnern. Das ist auch auf den Weg gebracht. Wir haben - und das wird auch überall erwähnt - mit großem Interesse verfolgt, wie die deutsche Industrie während der Krise, anstatt Arbeitnehmer zu entlassen, diese in Kurzarbeit geschickt hat. Ich glaube, das hat insgesamt unter allen Mitgliedstaaten großes Interesse hervorgerufen. Dass anstelle von einer Entlassung, die Stadt, die Arbeitslosengelder hätte zahlen müssen, so nur einen Teil hat zahlen müssen. Dass, als der Weg aus der Krise beschritten wurde, die Industrie sich auf die Fachkräfte, die sie einmal eingestellt hatte, weiterhin verlassen konnte und nicht neue Leute ausbilden musste. Ich glaube, das ist eine Maßnahme gewesen, die weltweit, nicht nur in der EU, Aufmerksamkeit gefunden hat. Das ist auf jeden Fall besser bei Umstrukturierungen in der Zukunft, wenn es darum geht, Leute zu entlassen. Ich gehe nicht davon aus, dass es durch ordnungspolitische Maßnahmen keine Kosten für die Industrie geben soll. Es ist ganz selbstverständlich, dass es Kosten gibt. Nur, was bedeutsamer ist: Wir dürfen unserer Industrie, die eben global ist - wir reden unterdessen überall nur noch von globaler Industrie - nicht zumuten, dass sie wettbewerbsunfähig wird. Insofern haben wir in unserer industriepolitischen Mitteilung festgelegt, dass im Rahmen der Folgenabschätzung auch die Wettbewerbsfähigkeitsprüfung verstärkt vorzunehmen ist. Es bleibt dann an den Politikern, wie sie sich entscheiden. Ob sie zugunsten einer Maßnahme, umweltpolitischer Maßnahme, eher sagen, wir machen sie trotzdem, auch wenn die Industrie Probleme hat. Aber diese Wettbewerbsfähigkeitsprüfung ist ein bedeutender Faktor unserer Mitteilung. Im Hinblick auf die Frage der fehlenden Dienstleistung: natürlich sind Dienstleistungen wichtig bei uns! Es kann dadurch erklärt werden, dass verschiedene Kommissare dafür zuständig sind. Kommissar Barnier ist zuständig für Dienstleistungen. Diese sind in die integrierte Industriepolitik mit eingezogen. Wir wollen die gesamte Wertschöpfungskette betrachten. Und wir haben gesehen, wenn z.B. die Automobilindustrie kurzarbeitet, dass auch die Automobilzulieferer in Schwierigkeiten geraten, und dass natürlich auch Käufer in Schwierigkeiten geraten. Wir wollen auch hier in Zukunft einen globalen Ansatz fahren. Vielen Dank.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Herr Dr. Hüfner.

Dr. Felix Hüfner (OECD): Zur Frage von Frau Lötzer zur Besteuerung der Spekulation. Ich glaube, das führt ein bisschen über das Thema hinaus und ist auch kein Punkt, der in der Green-Growth-Strategie eine Rolle spielt. Zwei

Anmerkungen hierzu aus Sicht der OECD: Es ist erstens schwierig, Spekulationen zu identifizieren und zweitens stellt sich die Frage, wie man sie besteuert, ohne dass man die langfristigen Investoren trifft. Aber das ist eine Frage, die zumindest in der OECD-Green-Growth-Strategie nicht enthalten ist.

Zu den Fragen von Prof. Paqué: Erstens zur Statistik über die Forschungs- und Entwicklungsausgaben: In der Tat steht Deutschland in der Rangfolge neben Finnland. Und das sind beides Länder, die in der Patentstatistik sehr weit oben liegen. Ich würde zwei Punkte anbringen. Der eine umfasst eine Level-Betrachtung: In Deutschland ist das Niveau der Patente pro Einwohnerzahl sehr hoch. Aber die anderen Länder holen auf, so dass man beobachten muss, welche Strategien andere Länder erfolgreich implementieren. Steuerliche Förderung schafft, im Vergleich mit der direkten Förderung, die besseren Ergebnisse. Der zweite Punkt knüpft direkt daran an: In beiden Ländern findet Innovation in der Hauptsache in den großen Betrieben statt. Die radikale Innovation findet jedoch in den kleinen Betrieben statt. Das heißt auch, die Frage, was für eine Qualität der Innovation sie mit einem gegebenen Niveau der staatlichen Förderungen erreichen, ist hier wichtig. Bei der zweiten Frage, ob hier das EEG mit enthalten ist, bin ich mir nicht sicher. Ich glaube nicht, wenn Sie damit die Einspeisetarife meinen. Wenn diese enthalten sind, handelt es sich auch wieder um eine direkte Förderung, weil diese auf spezifische Sektoren eingeht. Was die Frage hinsichtlich der sektoralen Struktur betrifft und welche Folgen die OECD hieraus zieht: Wir haben in diesem Kontext eine ideale Struktur im Sinn: wir sind dafür, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass sich eine Struktur aus Industrie und Dienstleistungen von selber ergibt. Natürlich ist die Industrie wichtig. Aber ein Punkt, den wir anbringen, ist, dass eine bestimmte Regulierung bestimmter Dienstleistungssektoren auch dafür verantwortlich ist, dass diese in der Gesamtstruktur in Deutschland eine geringere Rolle spielen als in anderen Ländern, wie z. B. bei der Regulierung der freien Berufe. Zur Statistik der Umweltsteuern: In der Tat, hier sind nur die direkten Einnahmen enthalten. Mir ist keine Statistik bekannt, in der man die indirekten Einnahmen, die aus der Regulierung stammen, mitberücksichtigen würde. Ich würde nur noch darauf hinweisen, dass in Deutschland der relativ niedrigere Anteil der Umweltsteuern auch darauf zurückzuführen ist, dass es gewisse Steuerausnahmen für bestimmte Sektoren und Unternehmen gibt. Es ist auch klar, dass die daraus resultierende Lenkungswirkung zu niedrigeren Steuern führt. Nur im OECD-Vergleich sollten die Steuern ja in

allen Ländern zu Lenkungswirkungen führen. Von daher glaube ich schon, dass ein Vergleich, des Anteils der Umweltsteuern über die Länder hinweg, sinnvoll ist. Dann zur Frage von Herrn Müller zur Statistik: Warum habe ich alle Länder in dieses Diagramm mit Wachstum und Emissionen mit aufgenommen? Es ist klar, dass sie für jedes Land eine Geschichte finden können - gerade für die absolute Abkopplung. Unser Ansatz ist es immer, alle OECD-Länder mit aufzunehmen. Die Prämisse daran ist, dass, wenn sie alle mitnehmen, sie damit die temporären Affekte ausblenden. Und sie sehen ja auch, dass es beim Vergleich über alle Länder hinweg zu relativer Abkopplung kommt.

Zwischenfrage SV Michael Müller: Entschuldigung, Deindustrialisierung ist doch nicht temporär.

Dr. Felix Hüfner (OECD): Wir haben in Deutschland diese Effekte in den 1990er Jahren gehabt.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Herr Hüfner, sind Sie fertig? Vielen Dank. Dann Frau Weick.

Vera Weick (UNEP): Zur ersten Frage, der momentanen Sorge, die es bei den Nicht-Regierungsorganisationen gibt, dass die Armutsbekämpfung aus dem Fokus gerät: Diese Sorge ist uns durchaus bewusst, wobei in dem Green-Economy-Konzept, so wie wir es beschreiben, Armutsbekämpfung im Zentrum steht. Dies geht auch aus dem Bericht hervor: Dieser geht immer wieder darauf ein, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen der Nutzung natürlicher Ressourcen und der Armutsbekämpfung gibt. Es war gerade Ziel des Berichts, alle diese Beispiele aus der ganzen Welt zusammenzutragen, dort wo wir einen Zusammenhang zwischen einer veränderten Ressourcennutzung und Wachstum und Armutsbekämpfung sehen. Dieses Thema ist ein ganz zentraler Bestandteil. Wir werden täglich mit Informationen versorgt, die zeigen, dass gerade arme Länder massiv in erneuerbare Energien investieren und dies eine armutsbekämpfende Wirkung hat. Gleichzeitig gibt es auch Studien, die zeigen, dass Subventionen für fossile Energieträger keine armutsbekämpfende Wirkung haben. Es sind genau diese Fragen, mit denen sich der Bericht auseinandersetzt. Aber wir sehen auch, dass in der internationalen Diskussion - wie bei UNEP - noch mehr getan werden muss, um diesen Zusammenhang klar zu machen und das ist ein ganz klares Ziel unserer Arbeit in den nächsten Monaten. Dann weiter zu den

beiden Fragen von Frau Jochimsen und Herrn Wagner: Dass hier Ihrer Ansicht nach die konkreten Handlungsempfehlungen fehlen, ist extrem schwierig in eine Antwort zu fassen und kurz auf den Punkt zu bringen. Der ganze Bericht ist insgesamt über 600 Seiten lang und hat zehn Sektoren intensiv untersucht, von jedem Sektor Handlungsempfehlungen abgeleitet, und dazu Handlungsempfehlungen entwickelt, die sich explizit mit Städten beschäftigen. Dazu kommt ein Kapitel, das nur enabling conditions betrachtet, und ein Kapitel, das sich nur mit der Finanzierung des Wandels auseinandersetzt. Alle diese Ergebnisse liegen vor und sind zugänglich. Es ist schwer für eine internationale Organisation, klar vorzugeben, wo es lang gehen soll. Das ist auch nicht unser Mandat, sondern ein Mandat der jeweiligen Regierung. Was UNEP aber zusätzlich zu der Veröffentlichung dieser Forschungsergebnisse tut, ist, dass wir direkt mit Regierungen in Kontakt stehen und auch Regierungen beraten um gemeinsam mit ihnen überhaupt das Potenzial zu erkennen, über das das eigene Land verfügt und um den Umbau zu gestalten. Das ist eine ganz andere Art der Arbeit, die wir als Regierungsberatung bezeichnen. Herr Müller sagte, es passiert eigentlich nichts. Das muss man auch ein bisschen differenzierter darstellen. Es passiert sehr viel. Aber die Erfolge werden eben auch wettgemacht durch das massive Wachstum in der Welt.

Zwischenbemerkung SV Michael Müller: Genau das habe ich gesagt.

Vera Weick (UNEP): Das ist ja auch unser Ziel. Wir sagen, es muss noch mehr getan werden. Dazu gibt es die zusammengefassten Empfehlungen innerhalb des Berichts. Gleichzeitig ist natürlich jetzt mit Ausblick auf die Rio-Konferenz auch die Chance da, mehr zu verlangen. Aber das ist ein Aushandlungsprozess mit über 150 Regierungen in der Welt.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Vielen Dank. Wir haben noch ein klein wenig Luft. Allerdings nicht noch mal für eine komplette Runde. Mein Verfahrensvorschlag wäre deshalb: Wir haben sieben Kolleginnen und Kollegen auf der Liste stehen. Ich möchte bitten, dass wir nur noch konkrete Fragen zulassen und Kolleginnen und Kollegen, die eher noch inhaltliche Anmerkungen haben, das möglicherweise zu Papier bringen und dann noch mal in Richtung Projektgruppe bringen, so dass jetzt nur noch Fragen an die Sachverständigen, die ja nur noch heute da sind, zu Wort kommen. Ich würde kurz vorlesen, wer noch auf der Liste steht. Möglicherweise stehen auch weniger drauf. Das ist Herr Prof. Carstensen, Herr Dr. Ott, Fr. Skudelny, Frau

Leidig, Herr Prof. Brand, Herr Prof. Schneidewind und Frau Bulmahn. Herr Prof. Carstensen.

SV Prof. Dr. Kai Carstensen: Vielen Dank. Ich will mich dann ganz kurz fassen. Und zwar würde ich direkt Frau Weick fragen: Die Modellrechnung, die Sie gemacht haben, war ganz toll. Eine wunderschöne Botschaft. Wir müssen zwei Prozent vom BIP pro Jahr investieren, dann geht die Armut weg und die Umwelt ist in Ordnung. Das war natürlich eine schöne Rechnung. Ich würde gern ein bisschen mehr über dieses Modell wissen. Die Frage: Ist es ein Modell, in dem der Staat verordnet, was wohin investiert wird? Sie sagten, da muss sehr genau, sehr zielgerichtet investiert werden. Ist das also ein Modell, in dem der Staat das kann oder wie stellen Sie sich vor, dass diese Investitionen getätigt werden? Gerade vor dem Hintergrund – es wurde angesprochen -, dass gerade die Industrieländer momentan wahrscheinlich wenig Luft haben, dies zumindest zusätzlich zu tun. Dann sagten Sie, das machen halt die anderen. Aber die Industrieländer machen ja 50 Prozent vom Welt-BIP aus. Wenn die anderen dann alles schultern sollten, inklusive Entwicklungsländer, müssten diese schon vier Prozent von ihrem BIP investieren. Dann wird es langsam richtig teuer. Danke.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Herr Dr. Ott.

Abg. Dr. Hermann Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ein Satz sei mir gestattet. Vielen herzlichen Dank fürs Kommen. Aber ich finde, alle Ihre Präsentationen waren etwas harmlos und der Situation und den Herausforderungen nicht wirklich angemessen. Deshalb meine Frage noch mal an alle: Wie wollen Sie das sogenannte Jevons' Paradoxon bekämpfen? Die Tatsache, dass wir seit über 100 Jahren wissen, dass gesteigerte Effizienz bei gleichbleibenden Preisen zu Mehrverbrauch führt. Das ist in kleinen Bereichen mal anders gewesen. Es gab entgegengesetzte Entwicklungen. Aber im Allgemeinen setzt sich dieses Paradox durch. Und das richtet sich natürlich vor allem auch an die Vertreter/Innen der EU-Kommission, wo wir ja wissen, dass ein Instrument natürlich die Besteuerung von Ressourcen, - eine ökologische Steuerreform - sein kann, aber wie wir auch wissen, hat dies gerade in der Europäischen Union sehr wenig Chancen. Also, sehen Sie Chancen für eine solche Politik in der EU oder was wollen Sie sonst machen?

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Frau Skudelny.

Abg. Judith Skudelny (FDP): Meine Nachfrage geht in eine ähnliche Richtung. Wir haben in China, wenn es um die erneubaren Energien geht, pro Kopf Ausgaben von 40 Dollar, in den USA von 110 Dollar pro Kopf und in Deutschland 500 Dollar. D. h., der Aufholeffekt des Wachstums muss in China deutlich größer sein, damit sie überhaupt auf unserem Niveau ankommen, was beispielsweise die Investition in erneuerbare Energien betrifft. Meine erste Frage ist: Wie realistisch ist es, dass diese Länder es tatsächlich schaffen können und unter welchen Rahmenbedingungen? Die Frage geht an den Herrn der OECD und dann an Frau Weick. Meine zweite Frage geht in eine ähnliche Richtung: Das PIK, das Potsdam-Institut für Klimaforschung, hat gezeigt, dass es tatsächlich im CO₂ Bereich Verschiebungen gibt, die national zu einem Mehrverbrauch werden, wenn man das auf den Konsum herunter rechnet. Ansatzpunkte dafür gibt es auch beim Bundesamt für Statistik, was die Ressourceneffizienz betrifft. Meine Frage ist daher: Inwieweit können nationale Maßnahmen ein globales Problem tatsächlich in den Griff bekommen? Bis wohin schaffen wir es, Vorreiter zu sein, oder unter welchen Rahmenbedingungen schaffen wir es, Vorreiter zu sein? Ab wo fängt es an, dass wir Probleme nur noch in Länder verschieben, die diese „aufnehmen“ müssen, wie insbesondere das Gutachten des PIK es sehr schön dargestellt hat?

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Frau Leidig.

Abg. Sabine Leidig (DIE LINKE.): Ich möchte ein bisschen an den Redebeitrag von Herrn Müller anknüpfen, der deutlich gemacht hat, dass vieles längst erkannt ist und sich trotzdem so wenig ändert, und das verbinden mit der Frage, wie Sie eigentlich die Akteure und Kräfteverhältnisse analysieren? Also ob das in Ihren Strategien eine Rolle spielt, dass ganz bestimmte Akteure eine große Macht auf den Märkten und auch in der Politik haben. Ich will es konkret an einem Beispiel machen: Sie, Herr Falkenberg, und auch Frau Weick haben beide den Sektor des Verkehrs angesprochen und deutlich gemacht, es geht gar nicht, dass alles weiter wächst - es kann nicht funktionieren. Aber wir erleben genau das. Und es ist völlig klar, die Automobilkonzerne rüsten für eine Verdoppelung des PKW-Bestandes in den nächsten 10, 15 Jahren. Die Automobilkonzerne, insbesondere die deutschen, haben verhindert, dass eine effektive CO₂-Reduktion stattfindet, indem sie Schadstoffklassen durchgesetzt haben, die dazu führen, dass ein Porsche Cayenne ökologisch günstiger angesiedelt ist als ein kleiner Opel Corsa oder

ähnliches. Und wir haben natürlich ganz ähnliche Prozesse in anderen Bereichen. Sie haben von tollen Errungenschaften, von Wassereinsparung gesprochen, wenn die Energiepreise steigen. Das machen die Verbraucher brav. Auch beim Strom sparen sie. Aber die Energiekonzerne bieten Billigtarife, Flatrates für Großverbraucher an, weil sie auf dem Markt um die großen Verbraucher konkurrieren. Das sind doch Mechanismen, die mit Akteuren zusammenhängen, mit Leuten, die praktisch auf den Märkten agieren. Und ich möchte einfach wissen, wie Sie diese Akteure in Ihren Strategien analysieren. Frau Weick hat es ganz kurz angedeutet, dass es überhaupt eine Rolle spielt und Sie dazu Fragen stellen. Aber natürlich wäre es gut, Analysen zu haben, Aussagen und nicht nur Fragen.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Herr Prof. Brand.

SV Prof. Dr. Ulrich Brand: Ich fand die Ausführungen auch etwas allgemein. Sie haben alle drei die starken Win-Win-Win-Annahmen. Irgendwie, wenn man das so macht, dann gewinnen alle. Und dann wäre meine Frage vielleicht auch im Anschluss an Kollegen Müller: Warum so optimistisch und auch warum so spät? Warum kommt jetzt das Thema der Green Economy, der Green Growth auf die Tagesordnung? Wir haben seit 20 Jahren die Nachhaltigkeitsdebatte. Die Frage an Sie: Meine Einschätzung wäre, es hat sehr viel mit der Krise zu tun, dass die Hoffnung besteht aus der Krise mit Green Growth, mit Investitionen, mit Innovationen rauszukommen. Und es ist ein Einverständnis in das Versagen von 20 Jahren nachhaltiger Entwicklung, mit allen Erfolgen im Einzelnen, auf die Herr Jänicke ja immer zu Recht hinweist. Damit ist, glaube ich Herr Miegel, der Ökonomismus der Green Economy und Green Growth ein Stückweit zu erklären. Zweite Frage. Vorhin wurde gesagt, dass die Schwellenländer mit einem großen Tempo wachsen. Ich selber beschäftige mich viel mit Lateinamerika. Es geht doch in eine ganz andere Richtung. Der Ressourcen-Extraktivismus wird doch auf die Spitze getrieben: Öl, Gas, Kohle, Soja, gentechnisch veränderter Sojaanbau für unsere Futtermittel. Und selbst, wenn es grün wird, - denken wir an Indonesien, Sumatra wird gerade umgepflügt, um Palmölfelder herzustellen. Die Frage an Sie: Welche Relevanz hat es für unsere Enquetearbeit, den Zusammenhang zwischen einem Produktions- und Konsummodell hierzulande, wo es vielleicht bei viel „Business as usual“ einige grüne Aspekte gibt und dem – ich sage mal – globalen Süden, dem Ressourcenextraktionsland herzustellen? Ich vermute, dass UNEP das am stärksten im Blick hat. Aber auch die Frage an die anderen beiden.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Vielen Dank. Herr Prof. Schneidewind.

SV Prof. Dr. Uwe Schneidewind: Meine Frage zielt in die gleiche Richtung. Der Grundtenor bei Ihnen allen Dreien ist identisch. Zukünftiges Wachstum und die absolute Entkopplung, das lässt sich kombinieren, getragen wird dies von gewaltigem Entkopplungsoptimismus. Wenn man sich das jetzt in den einzelnen Bereichen anschaut, gibt es viele Indizien, die deutlich machen, dieser Entkopplungsoptimismus, diese drei Prozent im Minimum hinzubekommen, ist nicht gerechtfertigt. Einmal gibt es, wir haben es angesprochen, diese klassischen Rebound-Effekte, die Erhöhung der Effizienz, die das Wachstum weiter antreibt. Wir werden daher in ein automatisches Hase-Igel-Spiel kommen. Dann die massiven Verlagerungen zwischen den Umweltdimensionen. Was hier auf den Bildern gezeigt wird, sind einzelne Entkopplungen, die oft mit Druck in anderen Umweltbereichen erkaufte sind. Wenn wir uns die „Land-Use-Muster“ anschauen, haben wir das beim Thema Biokraftstoffe gerade mitbekommen. Der dritte zentrale Bereich, an dem wir immer wieder merken, dass das vermutlich nicht aufgehen wird, sind eben genau die regionalen Verschiebungen, die Michael Müller ansprach, diese massiven Deindustrialisierungen, die, wenn man das mit den Vorstufen rechnet, ja zu keiner wirklichen Entkopplung geführt haben, sondern nur dazu führen, dass die Emission in anderen Teilen anfallen. Daher meine Frage: Gibt es jenseits dieses Zweckoptimismus in den drei Institutionen ehrliche Diskussionen darüber, wenn sich zeigt, dass diese Entkopplungsblase platzt, und wird an Alternativszenarien gearbeitet, wie dann wirtschaftliche Entwicklungsprojektionen für die EU und OECD aussehen können?

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Frau Bulmahn.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD): Auch noch weiter in die gleiche Richtung mit dem Versuch, es auch noch mal wirklich sehr konkret zu machen. Wenn wir darüber diskutieren, wie man eigentlich ein nachhaltiges Wachstum gestalten kann, und das ist ja wirklich mehr als ein grünes Wachstum, da muss man – glaube ich auch darüber sprechen –, wo liegen eigentlich die Hindernisse und Barrieren dafür, dass tatsächlich der Instrumentenkasten, Herr Miegel, um auf Sie zurückzukommen, greift. Deshalb frage ich sie, wo Sie Mängel in dem Instrumentenkasten sehen? Ich nenne nur zwei Beispiele: Wenn wir Rio-Konferenzergebnisse haben und nicht gleichzeitig parallel - zum Beispiel

in den WTO-Verhandlungen - zu Ergebnissen kommen, die tatsächlich das, was in Rio vereinbart worden ist, auch praktisch in unsere Rahmenbedingungen für unseren Welthandel integrieren, fürchte ich, werden die Rio-Ergebnisse sehr schön zu lesen sein. Sie werden aber wenig praktische Relevanz haben und zu wenigen Ergebnissen führen. Zweites Beispiel: Standards und Normen. Standards und Normen sind praktisch ein Weg, ein ganz wichtiger Weg, um Innovationen zu beschleunigen und zu einem forcierteren Wachstum zu kommen. Die Sätze von Standards und Normen liegen aber in der Hand der Industrie selber. Es ist kein politischer Prozess. Es ist ein wirtschaftlicher Prozess, der von der Industrie selber gestaltet wird. Wie kann man das erreichen, welche Möglichkeiten sehen Sie? Haben Sie Instrumente vorgeschlagen, wie man diesen Normensetzungsprozess gestaltet, der ja eine gewaltige Wirkung und Bedeutung hat, dafür, ob z. B. grüne Technologien sich tatsächlich auf dem Markt durchsetzen können, oder nicht? Wie kann man diesen Standard- und Normenprozess so beeinflussen, dass er wirksam ist im Sinne von Sustainable Growths? Wo sehen Sie andere Instrumente, wo es einfach nicht gegeben ist? Denn die Beschäftigung mit den Barrieren und den Hindernissen ist zwingend erforderlich, wenn wir nicht das wieder haben wollen, was von meinen Kollegen beschrieben worden ist. Dritter Punkt: Da habe ich noch einmal eine Frage: Ich finde, Herr Miegel hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die Bereitschaft der Menschen, diesen Weg zu gehen, und zwar als Individuum wie auch als Gesellschaft, eine ganz entscheidende Voraussetzung ist. Wir machen im Augenblick die Erfahrung, dass der private Verbrauch an Strom wieder steigt. Die Menschen sind bereit, sparsame Haushaltsgeräte zu kaufen. Sie sind auch bereit, durchaus Strom einzusparen. Aber sie sind nicht bereit, zum Beispiel auf ihren PC zu verzichten. Das ist im Augenblick das „Stromfressgerät“ in den privaten Haushalten. Und die Einspareffekte, die wir auf der einen Seite haben, werden praktisch durch die zusätzlichen Ausgaben oder zusätzliche Elektrizität, die erforderlich ist, um die neuen Medien zu betreiben, wieder aufgeessen. Also, die Frage ist einfach: Wo sehen Sie Möglichkeiten, Rahmenbedingungen so zu setzen, dass im Zuge von Forschungs- und Entwicklungsprozessen dieses Ziel, Energieeinsparung und Ressourceneinsparung (Materialforschung) gestaltbar wird? Wenn ich mir angucke, wie die Verbundmaterialien inzwischen zugenommen haben, die es wiederum extrem erschweren, Recyclingprozesse und Wiederverwertungsprozesse in Gang zu setzen, da könnte ich jetzt lange darüber reden, will ich aber nicht, aber der entscheidende Punkt ist, welche Instrumente sehen Sie da? Denn wenn wir das nicht mit berücksichtigen, werden wir immer

wieder die gleichen Zyklen haben, über die wir jetzt hier teilweise – finde ich – zu Recht auch sehr kritisch nachgedacht haben.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Wunderbar. Dann haben wir jetzt zum Abschluss noch mal den ganzen Tisch voller grundsätzlicher Fragen. Ich möchte noch mal die Frage, die Herr Müller vorhin als Grundfrage aufgeworfen hat, wie bekommen wir die Transformationen denn hin, mit dazu legen. Mit der Bitte, wenn Sie jetzt in die Abschlussrunde gehen, Ihren Optimismus tatsächlich noch mal zu rechtfertigen und uns aufzuzeigen, wo Sie diesen Grund für Ihren großen Optimismus hernehmen. Wir verfahren in der üblichen Reihenfolge. Herr Falkenberg, bitte schön.

Karl Friedrich Falkenberg (Europäische Kommission): Ich muss ein optimistischer Mensch sein, wenn ich so optimistisch geklungen habe. Ich dachte, ich hätte am Anfang gesagt, dass wir in der Art und Weise wie wir heute produzieren und konsumieren spätestens 2050 gegen die Wand fahren. Das ist nicht gerade eine optimistische Aussage. Aber aus dieser Erkenntnis schöpfe ich Hoffnung. Denn ich denke, dass wir vielleicht doch bereit sind, nicht unbedingt kollektiv gegen die Wand fahren zu wollen. Ich fürchte, dass wir – wie in der Vergangenheit – immer dann lernen, wenn uns die nächste Krise erwischt hat. Doch meine Hoffnung sagt mir, dass wir genügend intelligente Menschen sind, um irgendwann zu lernen, Krisen vorherzusehen und die Maßnahmen vor der Krise zu ergreifen. Im Augenblick und ganz konkret in meinem Umweltbereich reden wir immer dann über eine neue Maßnahme und ihre Übertragung durch Parlamente und Regierungen in konkrete Politik, wenn wir die Krise bereits erlebt haben. Zwar ist das Bewusstsein in den letzten Jahren sehr viel schärfer geworden, doch ich fürchte, dass das nicht unbedingt direkt mit der jetzigen Krise verbunden ist. Die jetzige Krise sehe ich eher ein bisschen als Rückfall in die Haltung, dass wir jetzt erst einmal aus dieser Krise raus wachsen müssen und dabei zunächst das Wachstum oder die Form des Wachstums egal sind; Hauptsache wir produzieren Wachstum, auch wenn es wieder nur spekulatives Wachstum ist und es uns damit in die nächste Krise hineinbringt. Ich hoffe, wir lernen, dass wir aus dieser Krise vernünftig nur mit nachhaltigem Wachstum herauskommen. Dafür sind die Rezepte, die Ansätze, die wir heute diskutiert haben, sehr wichtig. Ich sehe dazu die Chance. Aber ich bin auch realistisch genug, um zu sehen, dass wir in der Vergangenheit viele dieser Diskussionen nicht erfolgreich zu Ende geführt haben. Das liegt mit Sicherheit an der internationalen Komplexität. Es sind keine Phänomene, die

wir rein national in den Griff bekommen können. Wir müssen uns europaweit aufstellen. Wir arbeiten, wir leben in einem Binnenmarkt. Deswegen ist der Wettbewerbsdruck in diesem Binnenmarkt erheblich. Der Binnenmarkt gibt uns Chancen, aber er führt auch dazu, dass wir alle diese Fragen nicht mehr nur vor Ort beantworten können. Wir müssen zusammenarbeiten, europaweit, und wir müssen zusammenarbeiten mit Schwellenländern und den anderen großen Wettbewerbern. Das wird eine starke Herausforderung, aber letztlich eine unumgängliche. Europa ist in einer guten Vorreiterrolle – noch. Wir müssen diese Vorreiterrolle aber auch weiter ausbauen. Deswegen habe ich eigentlich keinen unbedingten Entkopplungsoptimismus. Aber das, was auch ich aus den Statistiken herauslese, ist, dass Entkopplung hier und da durchaus möglich ist. Ich würde allerdings auch sagen, dass wir aufpassen müssen, dass wir uns nicht nur Entkopplungsstatistiken für das Klima ansehen und sagen, okay, wir haben es geschafft CO₂ zu reduzieren, dafür aber dann in den anderen Ressourcenbereichen umso schlimmer wildern. Wir müssen wirklich zu integrierten Ansätzen kommen. Ich denke, das ist möglich. Es wird aber erhebliche, andere Signale in die Wirtschaft hinein erfordern. Es wird letztlich ordnungspolitische Entscheidungen der Politik geben müssen. Die Politik wird sich irgendwann entscheiden müssen, ob sie in der Lage sein will, der Wirtschaft vernünftige ordnungspolitische Rahmen zu setzen, innerhalb derer wirtschaftliches Arbeiten, innovative Forschung, Entwicklung, neue Produkte, neue Dienstleistungen möglich sind, oder ob wir nach wie vor falsche Signale in die Wirtschaft geben und uns dann wundern, dass die Wirtschaft diese falschen Signale so aufnimmt, dass es in die falsche Richtung geht. Ich kann nicht nach wie vor Kerosin subventionieren, aber erwarten, dass international weniger transportiert wird; das passt nicht zusammen. Die Liste von solchen Beispielen ist lang. Da werden wir anfangen müssen. Das hat immer mit wirtschaftlichen Interessen zu tun. Aber letztlich muss es die Politik sein, die diese Rahmenbedingungen festsetzt, damit wir kollektiv als Gemeinschaft, als Menschen, auch in eine Richtung gehen, von der wir ausgehen, dass sie nachhaltig ist.

Verbundmaterialien: Ich teile Ihre Sorge 100-prozentig und habe das immer wieder auch der Wirtschaft gesagt. Es gibt bestimmte Bereiche, in denen kann ich mit wie auch immer gearteten Preismechanismen arbeiten. Und dann gibt es andere, da werde ich weiterhin als Politik national, europaweit, international wirklich Normen setzen und sagen müssen: Dies will ich und dies will ich nicht. Das wird weiter eine spannende Diskussion, zu klären, wie weit kann ich mit sogenannten marktwirtschaftlichen Instrumenten,

Preisindikatoren oder Preismechanismen, arbeiten und wo brauche ich effektiv Verordnung, die sicherstellt, dass wir nachhaltig produzieren und konsumieren und eine Chance haben, über das Jahr 2050 hinwegzukommen.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Signale an die Wirtschaft – das ist so ein bisschen Ihr Stichwort, Frau Groebner. Bitte schön.

Viola Groebner (Europäische Kommission): Ja, vielen Dank. Ich stimme mit dem, was Herr Falkenberg gesagt hat, voll überein. Normung und Standardsetzung sind natürlich ein wesentlicher Teil, um diese Nachhaltigkeitsdinge mit einzubeziehen. Wenn die Industrie nicht mitmacht, dann erlassen sie selbst keine Standards und Normen. Aber ich glaube, wir haben bisher ganz gute Erfolge gehabt. Ich nenne nur ein Beispiel: die Ladegeräte für Handys. Das Mandat wurde seitens der Kommission an die Normungsinstitute gegeben, damit möglichst nur ein einziges Ladegerät für alle unterschiedlichen Handymarken auf den Markt gebracht wird. Schließlich ist es eine Ressourcenverschwendung, wenn man für jedes einzelne Gerät ein anderes Ladegerät braucht. Auch bei Elektroautos hat die Industrie ein Mandat von der Kommission erhalten, um vorwärts zu kommen. Bisher hat es in Deutschland etwas länger gedauert, habe ich gehört, dass die einzelnen Industrieunternehmen, Automobilindustrien darauf angesprungen sind. Aber sie versuchen nun, den Zug zu erwischen. Zwar wird ja überall einiges vorangetrieben, aber es bleibt natürlich viel zu tun. Auch im Bereich der Normung kann man auf Nachhaltigkeit, auf Ressourceneffizienz hinweisen. Wir sind keine Pythia und auch keine Wahrsagerinnen. Deshalb ist es schwierig, heute vorherzusagen, was 2050 ist und deswegen sind wir vielleicht auch etwas vorsichtig. Aber wir versuchen, Meilensteine in unseren Strategien zu setzen. Die Industrie hat erkannt, dass sie ohne diese Umweltmaßnahmen und diese ressourcenschonenden Produktionsprozesse nicht weiterkommt. Eigentlich kann ich dem nicht viel hinzufügen, was Herr Falkenberg gesagt hat. Sie sehen, die Kommission sitzt in einem Boot und versucht, gemeinsam nach vorne zu gehen. Danke schön.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Herr Dr. Hüfner.

Dr. Felix Hüfner (OECD): Zur Frage, ob die OECD optimistisch ist oder nicht, was die Entkopplung angeht: Die Frage stellt sich für uns insoweit nicht, als wir nach dem Alternativszenario fragen, wenn man nicht handelt. Die

Kosten des Nichthandelns sind sehr unsicher und wahrscheinlich sehr hoch. Und vor allem sind sie nicht linear, d. h., wenn man eine bestimmte Schwelle erreicht hat, dann sind die Kosten für das Wachstum sehr hoch. Von daher gibt es aus unserer Sicht eigentlich keine Wahl, als die Maßnahmen zu ergreifen. Und wir versuchen, eine Strategie anzubieten, von der wir glauben, dass sie die besten Effekte hat. Von daher sind wir optimistisch, dass die Strategie wirkt. Im Übrigen sind nicht nur die Empfehlungen der OECD, die Green-Growth-Strategie, generell für Wirtschaftswachstum gut, sondern alles was hier am Tisch gesagt wurde. Das sind Maßnahmen, die hätten wir auch vor zehn Jahren schon angebracht, als es noch nicht um Green Growth ging und da hätten wir gesagt, das hebt das langfristige Potenzialwachstum.

Ganz kurz zu den einzelnen Punkten; zu den Rebound-Effekten: Wenn die Effizienz steigt, dann steigt auch der Verbrauch, das haben wir mit berücksichtigt. Unseres Wissens gibt es keine guten Schätzungen dazu, wie groß diese Effekte ausfallen. Man weiß eigentlich nicht sehr viel darüber. Es ist auch sehr schwierig, diese Effekte zu messen, aber dass sie bestehen, steht außer Frage.

Ein Punkt, der häufig gerade für Entwicklungsländer angesprochen worden ist, war, dass viele dieser Länder ihren Energieverbrauch subventionieren. Ich glaube, da kann man aus wirtschaftspolitischer Sicht klar sagen, dass es eine Win-win-Situation ist, wenn man diese Subvention zurückführt und damit auch die Emissionen senkt.

Zur letzten Frage von Frau Bulmahn zu Mängeln im Instrumentenkasten: Der Instrumentenkasten ist dazu, was man an Instrumenten für die Anreizsetzung verfügbar hat, relativ klar. Unseres Erachtens ist es so, dass das Preissignal der entscheidende Faktor ist. Wir würden sagen, dass dieses Preissignal noch klarer werden muss. Wenn man sich alle Maßnahmen durchschaut, die man für den Umweltschutz hat, dann sollte man jede darauf abklopfen, ob sie das richtige Preissignal sendet. Subventionen für Energieverbrauch stehen an erster Stelle.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Frau Weick.

Vera Weick (UNEP): Noch einmal zu Herrn Carstensen, der Fragen zu dem Modell hatte. Verordnet hier der Staat die Investitionen? Wir haben es jetzt natürlich nicht so gesehen, aber das Modell wurde mit Informationen von unseren Modelltheoretikern gespeist und die Investitionen werden anhand

von international vereinbarten Zielen formuliert. Also, da wird z. B. das 450-ppm- oder das Zwei-Prozent-Erwärmungsziel gesehen, und es wird geschaut, wie investiert werden müsste, um das Ziel zu erreichen, oder es werden die Millennium Development Goals als Grundlage genommen, um diese Investitionen in bestimmte Bereiche zu lenken. Wo man jetzt noch einmal vorsichtig sein muss: Dieses Modell ist eine globale Trendanalyse und eignet sich nicht für die direkte Ableitung für Empfehlungen auf nationaler Ebene. Es geht nicht darum zu sagen, wer in der Weltgemeinschaft wie viel von diesen Zwei-Prozent investiert. Das ist eine andere Diskussion, die man im deutschen Kontext oder dem anderer Länder führen muss. Das Interessante daran ist nur der Unterschied zwischen einer Investition anhand von historischen Trends oder einer gezielten Investition in bestimmte Sektoren und dass man eben auch wirtschaftlichen Fortschritt und Arbeitsplätze mit dieser gezielten Investition in die Sektoren erzielen kann. Das ist der globale Trend, der dargestellt werden soll.

Dann gab es eine Frage zu China und erneuerbaren Energien. Die Frage ist schwer zu beantworten. Was man auf jeden Fall bemerkt, ist, dass China extrem daran interessiert ist, sich irgendwie mit den Prozentzahlen anzugleichen, die Sie genannt haben. Allerdings kann ich Ihnen keine konkrete Antwort geben; wir sehen nur, dass relativ viel passiert.

Zu den Akteuren und Kräfteverhältnissen: Das ist wahrscheinlich eine der schwierigsten Fragen. Es wird immer wieder auf die Vested Interests hingewiesen. Ich glaube, die Schadstoffklassen sind in der Hinsicht keine Erfolgsgeschichte. jetzt sind natürlich die Fragen, wie viel Spielraum die Regierungen haben auch mal klar vorzugeben, wie Dinge passieren sollen und einmal gegen Akteure zu handeln, und inwieweit so ein Konsens für den Strukturwandel entstehen muss? Deutschland ist ein gutes Beispiel dafür, dass Konsens für Strukturwandel auch entstehen kann und dann mehrere Akteure am gleichen Strang ziehen. Das ist wirklich eine Frage, die sich auf nationaler Ebene immer wieder ganz konkret stellt. Ich teile die Aussage nicht, dass wir hier Zweckoptimismus gepredigt haben. Die Business-as-usual-Szenarien sind alle überhaupt nicht optimistisch, keines der derzeit vorgestellten Szenarien. Vielmehr sind sie wirklich dramatisch. Aber, wir beziehen uns eben auf die Trendanalysen, die man hochrechnen kann, und die Entwicklungen sagen ja, dass viel gemacht werden muss, um zu einer optimistischeren Analyse zu kommen. Es ist immer das Spannungsverhältnis von „nicht genug Vision“ und „nicht genug Handlungsempfehlung“. Aber das ist eben auch ein Unterschied. Man kann natürlich eine Vision

formulieren, die viel stärker noch über das hinausgeht, was jetzt hier präsentiert wurde: ganz andere Lifestyles, einen ganz anderer Umbau der Gesellschaft. Aber wenn wir konkrete Handlungsempfehlungen wollen, die realistisch umsetzbar sind, dann sind es eben die, die hier vorgetragen wurden. Der Abbau der umweltschädlichen Subventionen ist eigentlich der allererste Schritt in die richtige Richtung. Natürlich sind da auch Übergangslösungen gefragt. Aber es gibt es eben auch Länderbeispiele, die es tatsächlich geschafft haben, Subventionen abzubauen und die entsprechenden Übergangslösungen zu gestalten.

Mängel im Instrumentenkasten: Die WTO-Verhandlungsrunde steht auch bei uns im Report. Es wäre ein wichtiger Bestandteil auf internationaler Ebene, dass man die Doha-Runde wirklich abschließt. Doch das ist wieder nur im Zusammenspiel der Akteure und von niemandem alleine steuerbar.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Vielleicht noch eine Frage, die aus meiner Sicht offen geblieben ist, die auch an Sie, Frau Weick, gerichtet war, war die von Herrn Prof. Dr. Brand zu den negativen Auswirkungen von Green-Growth-Ansätzen, z.B. Palmölplantagen im Urwald. Inwiefern beschäftigen Sie sich damit?

Vera Weick (UNEP): Das ist mir nicht ganz klar. Die Abholzungen für Palmöl würden wir nicht sofort dem Green Growth zuschreiben.

Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD): Okay, dann ist es sozusagen eine Definitionsfrage, was unter Green Growth verstanden wird. Dann möchte ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bei Ihnen allen vieren bedanken, Herr Falkenberg, Frau Groebner, Herr Dr. Hüfner und Frau Weick, dass Sie sich die Zeit genommen haben, sich durchaus auch der kritischen Debatte zu stellen. Ganz herzlichen Dank dafür.

Tagesordnungspunkt 2

Berichte aus Projektgruppen

Der Vorsitzende der Projektgruppe (PG) 3, Abg. Dr. Hermann E. Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), berichtet insbesondere von der durchgeführten Klausurtagung, die sich als außerordentlich fruchtbar für die Arbeit der Projektgruppe 3 erwiesen habe. Die Arbeit mache gute Fortschritte, insbesondere seien weitere Textentwürfe eingebracht und beraten worden; ebenfalls stehe die Gliederung fest. Die Zeit für die Arbeit sei zwar sehr knapp bemessen, allerdings habe man sich auf eine weitere Klausurtagung für Anfang 2012 verständigt.

Die Vorsitzende der Projektgruppe (PG) 1, Abg. Claudia Bögel (FDP), teilt mit, man habe im Wesentlichen organisatorische Dinge besprochen. Insbesondere habe man Fristen für die zu erstellenden Berichtskapitel festgelegt und sich auf Verfahrensschritte für die Berichtserstellung geeinigt. Auch beabsichtige die Projektgruppe 1, im November 2011 eine Klausurtagung durchzuführen.

Abg. Florian Bernschneider (FDP) berichtet vertretungsweise aus der Projektgruppe 2. Die Projektgruppe 2 hat eine Anhörung mit Vertretern der Unternehmen Gallup und Healthways durchgeführt, die ebenfalls einen Wellbeing-Index erarbeitet haben. Diese Indizes zeichneten sich insbesondere dadurch aus, dass sie auch subjektive Faktoren abbildeten.

Daraufhin merkt Frau Abg. Andreae hinsichtlich der von der Projektgruppe 2 durchgeführten Umfrage unter Abgeordneten und Entscheidungsträgern an, dass insbesondere bei Frage 6 Mehrfachnennungen technisch nicht möglich seien. Sie fragt nach, wie mit diesem Defekt umgegangen werden solle.

RD Klaus Uppenkamp (Leiter des Kommissionssekretariats) teilt mit, dass in der Tat technische Probleme bei der Durchführung der Umfrage aufgetreten seien, für die das beauftragte Institut verantwortlich sei. Man habe das Problem mit dem Auftragnehmer und der Vorsitzenden der PG 2 erörtert und nach einer vertretbaren Lösung gesucht. Der vom Auftragnehmer verschuldete Programmierfehler sei höchst unerfreulich, schlussendlich sei man jedoch übereingekommen, dass die betroffene Frage (Nr. 6) bei der Auswertung des Rücklaufs nicht berücksichtigt werden dürfe.

SV Prof. Dr. Gert Wagner fragt nach, ob es nicht möglich sei, mit vergleichsweise geringem Aufwand den Programmierfehler zu beheben, um diesen Teil der Umfrage dennoch berücksichtigen zu können.

Hieraufhin teilt RD Klaus Uppenkamp mit, dass diese Variante durchaus bedacht worden sei. Es wäre jedoch erforderlich gewesen, den Fragebogen nochmals per E-Mail zu versenden. Wegen dann auch auf Seiten der Adressaten entstehenden Verwirrungen habe man von dieser Lösung Abstand genommen. Zudem wäre das Ergebnis der Umfrage empirisch nicht mehr belastbar gewesen.

Die Vorsitzende schlägt resümierend vor, dass die diesbezüglich aufgeworfenen Nachfragen mit der zuständigen Projektgruppe und deren Vorsitzenden geklärt werden.

Anschließend teilt die Vorsitzende mit, Abg. Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU) habe die Anregung geäußert, die Projektgruppen mögen für den regelmäßig stattfindenden Tagesordnungspunkt „Berichte aus den Projektgruppen“ ein kurzes Papier für die jeweilige Kommissionssitzung vorbereiten. Dieses solle auch stärker die inhaltliche Arbeit der Projektgruppen nachzeichnen.

Tagesordnungspunkt 3

Beschlussfassung über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung am
7. November 2011

„Verhältnis von Bildung und kulturellen Grundlagen zu wirtschaftlichem Wachstum,
Wohlstand und Lebensqualität“

Die Vorsitzende legt dar, die Obleute haben sich darauf verständigt, dass am 7. November 2011 eine öffentliche Anhörung zum Thema „Verhältnis von Bildung und kulturellen Grundlagen zu wirtschaftlichem Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität“ stattfinden soll. Als Referenten sollen Prof. Dr. Ludger Wößmann (Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München und ifo Institut München) – ersatzweise Prof. Dr. Manfred Prenzel (TU München), Herr Walter Hirche (Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung, Präsident der Deutschen UNESCO-Kommission), Herr Heino von Meyer (OECD) sowie Frau Prof. Dr. Heike Solga (WZB, Direktorin der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt) eingeladen werden.

Auf Nachfrage des SV PD Dr. Norbert Reuter, wie die Benennung der Referenten zustande komme, teilt die Vorsitzende mit, dass die Referenten auf Vorschlägen der verschiedenen Fraktionen beruhen.

SV Prof. Dr. Kai Carstensen macht darauf aufmerksam, dass für die Einladung der angefragten Referenten eine längere Vorlaufzeit eingeplant werden sollte.

SV Prof. Dr. Ulrich Brand regt an, dass im Vorfeld von Anhörungen konkrete Fragestellungen an die jeweiligen Referenten gestellt und verschickt werden, damit diese bereits im Vorhinein schriftlich Stellung nehmen können. Dies würde es den Mitgliedern der Kommission ermöglichen, sich besser auf die Sitzung vorzubereiten und tiefergehende Fragen zu stellen.

Hieraufhin teilt die Vorsitzende mit, dass es bereits gängiger Praxis entspreche, den Referenten Fragestellungen an die Hand zu geben, damit diese sich auf das jeweilige Thema der Sitzung vorbereiten können. Die Fragestellungen werden zwischen den Obleuten abgestimmt.

Schließlich wird einvernehmlich der Beschluss gefasst, die Anhörung in dem vorbezeichneten Sinne durchzuführen.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.

Tagesordnungspunkt 4

Verschiedenes

Korrektur des Protokolls 17/7 vom 27. Juni 2011 zu Tagesordnungspunkt „Vor Eintritt in die Tagesordnung“, dritter Absatz:

Sie heißt daraufhin Frau Prof. Dr. Beate Jochimsen sehr herzlich als neue Sachverständige im Kreise der Enquete-Kommission willkommen, die von der Unionsfraktion benannt wurde. Auf Bitten der Vorsitzenden stellt sich Frau Prof. Dr. Beate Jochimsen kurz vor und bringt dabei ihre Freude zum Ausdruck, in der Kommission mitarbeiten zu können. Frau Prof. Dr. Beate Jochimsen ist Volkswirtin mit dem Spezialgebiet der öffentlichen Finanzen. Sie hat den Lehrstuhl für allgemeine Volkswirtschaftslehre, *insbesondere Finanzwissenschaft, an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin* inne.

Schluss der Sitzung: 16.16Uhr

Bü/Ba/Esch/Haa/Leo/Ha/Wa



Daniela Kolbe, MdB
Vorsitzende